

GI Leitsätze

Amtshaftung / Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft

Darin, daß die Staatsanwaltschaft der Presse von einem Ermittlungsverfahren gegen einen Rechtsanwalt und Notar unter Nennung seines Namens und Berufs Mitteilung macht bzw. auf Nachfrage die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bestätigt, kann eine Amtspflichtverletzung liegen; führt die darauf beruhende öffentliche Berichterstattung zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen, so kommt ein Anspruch auf Schmerzensgeld in Betracht.

(BGH, Urt.v. 17.3.1994 – III ZR 15/93 – VersR 1994, 979)

Unerlaubte Steuerberatung / Nichtigkeit / teilweise erlaubte Tätigkeiten / Honorarrückzahlung

Ein Verstoß gegen § 5 StBerG macht den zugrundeliegenden Vertrag insgesamt nichtig, auch dann, wenn er teilweise erlaubte Tätigkeiten umfaßt.

(LG Berlin, Urt.v. 10.12.1993 – 2 O 122/93 – Stbg 1994, 206)

1. Ein Vertrag, dessen Inhalt gegen § 5 Abs. 1 Satz 1 StBerG verstößt, ist gemäß § 134 BGB nichtig.
2. Wenn jemand bei einem Kunden den unzutreffenden Eindruck erweckt, zur steuerlichen Beratung berechtigt zu sein, kann dies Rückzahlungsansprüche wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 BGB begründen.

(LG Berlin, Urt.v. 24.10.1991 – 58 S 115/91 – Stbg 1994, 202)

1. Ein Vertrag, der gegen § 5 StBerG verstößt, ist nichtig und bietet keine Grundlage für Honorarforderungen des nicht berechtigten Beraters.
2. Auch Bereichungsansprüche sind wegen § 817 Abs. 2 BGB i. d. R. nicht begründet, ebensowenig Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag.

(OLG Naumburg, Urt.v. 1.8.1993 – 4 U 1/93 – Stbg 1994, 207)

Ausländische Steuerberatungsgesellschaft / Zurückweisung

Die Zurückweisung einer in einem anderen Mitgliedsstaat nach dortigem Recht zugelassenen Steuerberatungsgesellschaft nach § 80 Abs. 5 AO 1977 als Bevollmächtigte verstößt, wenn sie in der Bundesrepublik nicht als Steuerberatungsgesellschaft anerkannt ist, jedenfalls dann nicht gegen das Recht der EG, wenn die Gesellschaft, die auf dem Gebiet der nach deutschem Recht geregelten Steuern Hilfe leistet, die erforderliche berufliche Qualifikation bezogen auf das deutsche Recht nicht nachgewiesen hat.

(BFH, Urt.v. 19.7.1994 – VII R 107/93 – LEXinform-Dokumentnr. 0109696)

Anmerkung: Zur unbeschränkten Hilfeleistung in Steuersachen sind gemäß §§ 3 und 4 StBerG die dort aufgezählten Personen, Vereinigungen pp. befugt. Dazu zählen Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Steuerberatungsgesellschaften, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer deutschen Rechts.

Fristversäumnis

- Vorfristen
- Diktat
- Kennzeichnung
- Anmerkung

(BGH, Beschl. v. 9.6.1994 – I ZB 5/94)

Leitsätze:

1. Werden im Büro eines Rechtsanwalts keine Vorfristen zur Berufungsbegründungsfrist notiert, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand im allgemeinen nicht gewährt werden, wenn die Nichtnotierung der Vorfrist als Ursache für die Fristversäumung in Betracht kommt
2. Ein Rechtsanwalt, der eine Verfügung zur Eintragung der Berufungsbegründungsfrist auf Tonträger diktiert, muß durch deutliche und unübersehbare Hinweise auf der Akte selbst und am Tonträger für die Mitarbeiter in der Kanzlei erkennbar machen, daß das Diktat eine im Fristenkalender einzutragende Berufungsbegründungsfrist betrifft.

-
- a) Den Erklärungen der Prozeßbevollmächtigten des Klägers zu dem Antrag auf Wiedereinsetzung ist zu entnehmen, daß in ihrer Kanzlei üblicherweise keine Vorfristen bei der Eintragung von Berufungsbegründungsfristen notiert werden. Damit behandelt die Prozeßbevollmächtigte des Klägers Fristen schon grundsätzlich nicht so, wie es den Anforderungen entspricht, die an eine Organisation im Büro eines Anwalts zu stellen sind, um mögliche Fristversäumnisse zu vermeiden. § 233 ZPO verlangt mehr als eine Tätigkeit, die nur darauf abzielt und gerade ausreicht, bei regelmäßigem und ordnungsmäßigem Gang der Dinge die Einhaltung der Notfrist zu gewährleisten. **Der Anwalt muß seine Tätigkeit für die Partei so einrichten, daß auch mögliche Unregelmäßigkeiten und Zwischenfälle, sofern sie nicht außerhalb des Bereichs der vernünftigerweise anzustellenden Berechnungen liegen, kein Hindernis für die Wahrung der Frist bilden.** Deshalb muß nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in der Organisation des Fristwesens einer Anwaltskanzlei sichergestellt sein, daß außer der eigentlichen Rechtsmittelbegründungsfrist auch **eine Vorfrist notiert wird**, damit sich der sachbearbeitende Rechtsanwalt rechtzeitig auf die ihn zukommende Fertigung der Rechtsmittelbegründung einstellen kann (BGH, Urt. v. 19. 11. 1976 – IV ZR 36/76, VersR 1977, 332, 333; Beschl. v. 29. 11. 1984 – III ZB 29/84, VersR 1985, 148; Beschl. v. 12. 4. 1988 –

VI ZB 5/88, VersR 1988, 941; Baumbach/Lauterbach/Hartmann, ZPO, 52. Aufl. § 233 Rdn. 181; MünchKomm/Feiber, ZPO § 233 Rdn. 90; Zöller/Greger, ZPO, 18. Aufl. § 233 Rdn. 23 – Fristenberechnung). Hätte die Prozeßbevollmächtigte des Klägers dem genügt, wäre die Berufungsbegründungsfrist aller Voraussicht nach nicht versäumt worden. Davon ist auch das Oberlandesgericht in seinem rechtlichen Ansatz zutreffend ausgegangen. Schon diese Möglichkeit einer auf Verschulden beruhenden Versäumung der Frist schließt die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand aus (BGH, Beschl. v. 26. 9. 1991 – I B 12/91, NJW 1992, 574, 575).

- b) Soweit das Berufungsgericht gemeint hat, die Prozeßbevollmächtigte des Klägers treffe auch deshalb ein Verschulden, weil sie sich nicht darauf habe beschränken dürfen, die Eintragung der Frist zu diktieren, sondern sie habe in diesem besonderen Fall die Durchführung der Anweisung kontrollieren müssen, kann dem allerdings nicht zugestimmt werden. **Ein Rechtsanwalt braucht bei einem gut geschulten, zuverlässigen und regelmäßig überwachten Kreis von Mitarbeitern grundsätzlich nicht die Erledigung jeder konkreten Einzelanweisung zu überwachen.** Um eine solche Einzelanweisung handelte es sich auch bei der vorliegend in Rede stehenden Fristverfügung, die die Prozeßbevollmächtigte des Klägers nach Kenntnisnahme von der Nichteintragung der Berufungsbegründungsfrist getroffen hatte. Im allgemeinen kann ein Prozeßbevollmächtigter **darauf vertrauen, daß eine sonst zuverlässige Büroangestellte**, wovon nach den Erklärungen der Prozeßbevollmächtigten des Klägers vorliegend auszugehen ist, **auch mündliche Anweisungen richtig befolgt** (BGH, Beschl. v. 10. 10. 1991 – VII ZB 4/91, NJW 1992, 574).
- c) Im Streitfall kann jedoch dem Kläger die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – außer aus dem zu a) erörterten Grund – auch deshalb nicht gewährt werden, weil – wie die Ausführungen zum Wiedereinsetzungsgesuch und zur Begründung der sofortigen Beschwerde erkennen lassen – die anwaltliche Fristverfügung selbst in einer Weise getroffen worden war, die deren Nichtbeachtung durch die Mitarbeiter der Kanzlei ohne weiteres nach sich ziehen konnte. Damit sichergestellt war, daß die Frist nunmehr auch wirklich eingetragen wurde, war es erforderlich, **durch deutliche Hinweise – etwa durch Aufkleber oder farbliche Markierungen – auf der Akte und dem Tonträger unübersehbar darauf hinzuweisen, daß das Diktat eine im Fristenkalender einzutragende Berufungsbegründungsfrist betraf.** Geschah das nicht, lag die Gefahr nahe, daß die Fristverfügung als solche von den Mitarbeitern in der Kanzlei nicht erkannt wurde, daß Akte und Tonträger (hier das Diktatband) getrennt wurden und erstere erneut unbearbeitet weggelegt wurde. Jedenfalls war eine solche

Möglichkeit ohne weiteres in Betracht zu ziehen. Dem hat die Prozeßbevollmächtigte vorliegend nicht hinreichend Rechnung getragen.

Anmerkung:

Der Anwalt, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer kann aus der Entscheidung nur die Konsequenz ziehen, Frist-Verfügungen schriftlich festzuhalten. Mündliche Hinweise im Diktat müssen jedenfalls durch deutliche Hinweise auf der Akte und dem Tonträger gekennzeichnet sein (z. B. Aufkleber oder farbliche Markierungen). Es bleibt zwar dabei, daß jeder Prozeßbevollmächtigte darauf vertrauen darf, daß eine sonst zuverlässige Büroangestellte auch mündliche Anweisungen richtig befolgt. Bei Anweisungen auf Tonträger bedarf es jedenfalls zusätzlicher Warnhinweise. (Gräfe)

Fristwahrung

- Telefaxgerät
 - Fehler im Empfangsgerät
- (BGH, Beschl. v. 19. 4. 1994 – VI ZB 3/94)

Leitsatz:

Wird der Inhalt einer Berufungsbegründungsschrift mittels Telefax vollständig durch elektrische Signale vom Sendegerät des Prozeßbevollmächtigten zum Empfangsgerät des Rechtsmittelgerichts übermittelt, dort aber infolge technischer Störungen (etwa eines Papierstaus) nicht vollständig und fehlerfrei ausgedruckt, so ist dennoch von einem im Zeitpunkt der Telefaxübermittlung erfolgten Eingang des Schriftsatzes auszugehen, wenn sein der Übertragung zugrundeliegender Inhalt anderweit einwandfrei ermittelbar ist.

Aus den Gründen:

.....

2. Das Berufungsgericht hat insoweit einen Fehler in seinem eigenen Geschäftsbetrieb lediglich deswegen verneint, weil ein Verlust der fehlenden Seiten des Telefaxausdruckes der Berufungsbegründung auf dem

Weg vom Empfangsgerät zur Geschäftsstelle ausgeschlossen sei. Offen läßt das Berufungsgericht jedoch, ob der fehlerhafte und unvollständige Ausdruck des Telefax seine Ursache lediglich in einer Störung des Ausdruckverfahrens im Empfangsgerät des Bezirksgerichtes hatte, nachdem zuvor die vom Sendegerät übermittelten elektrischen Signale ordnungsgemäß beim Empfangsgerät eingegangen waren. Sollte letzteres der Fall sein, könnte die Berufungsbegründung trotz des verstümmelten Ausdrucks als am 21. 9. 1993 beim Bezirksgericht eingegangen anzusehen sein.

- a) **Grundsätzlich ist eine fernschriftlich (oder per Telefax) übermittelte Rechtsmittel-(Begründungs-)Schrift in dem Zeitpunkt eingegangen, in dem sie im Empfängerapparat ausgedruckt wird** (vgl. BGHZ 101, 276, 280). Dies setzt jedoch nicht unbedingt voraus, daß der Ausdruck fehlerlos und vollständig ist. In der Rechtsprechung ist anerkannt, **daß eine unlesbar oder verstümmelt zu den Akten gelangte fernschriftliche Begründungsschrift, deren Inhalt sich erst nachträglich feststellen läßt, mit ihrem vollständigen Inhalt (einschließlich der Unterzeichnung durch den Rechtsanwalt) als eingegangen anzusehen ist, wenn die Ursache für den Mangel der Lesbarkeit und Vollständigkeit in der Sphäre des Empfängers gelegen hat** (vgl. für eine Einspruchsbegründung im Patentverfahren BGHZ 105, 40, 44). Entsprechendes gilt auch bei der Übermittlung per Telefax (vgl. BGH, Beschl. v. 12. 12. 1990 – XII ZB 64/90 – VersR 1991, 894, 895).

Dies findet seine Rechtfertigung darin, daß im Hinblick auf den aus Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip folgenden Grundsatz rechtsstaatlicher Verfahrensgestaltung Risiken und Unsicherheiten, deren Ursache allein in der Sphäre des Gerichts liegen, bei der Entgegennahme fristgebundener Schriftsätze nicht auf den rechtssuchenden Bürger abgewälzt werden dürfen (vgl. BVerfGE 69, 381, 386 f. m.w.N.; vgl. hierzu auch Ebnet, NJW 1992, 2986, 2987).

- b) Sollte daher der Inhalt des Berufungsbegründungsschriftsatzes am 21. 9. 1993 zwar vollständig durch elektrische Signale vom Sendegerät der Prozeßbevollmächtigten des Klägers zum Empfangsgerät des Bezirksgerichts übermittelt worden sein, dort aber lediglich infolge technischer Störungen (etwa eines Papierstaus) nicht vollständig fehlerfrei und unverstümmelt ausgedruckt worden sein, so wäre dennoch von einem rechtzeitigen Eingang dieses fristgebundenen Schriftsatzes am 21. 9. 1993 auszugehen, soweit sein Inhalt, der der Übertragung zugrundelag, einwandfrei ermittelbar ist, was hier aufgrund des am 23. 9. 1993 eingegangenen Originals des Schriftsatzes möglich sein dürfte. **Etwas anderes würde allerdings dann gelten, wenn ein Papierstau am Empfangsgerät dazu geführt hätte, daß die Verbindung während der Übermittlung abgebro-**

chen ist, so daß auch die vollständige Signalübermittlung nicht stattfinden konnte (vgl. zu einer solchen Fallgestaltung BGH, Urt. v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91 – WM 1991, 2080, 2081).

- c) Das Berufungsgericht hätte aufgrund des ihm vorliegenden Akteninhalts im Rahmen der Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen von Amts wegen Untersuchungen darüber anstellen müssen, ob der unvollständige und verstümmelte Ausdruck des Telefax lediglich auf einer Störung des Empfangsgeräts (trotz vollständiger Übermittlung der Signale) beruhte. Denn die bei den Akten befindlichen Seiten des Telefaxausdruckes legen eine solche Annahme durchaus nahe. Die Blätter sind teilweise unregelmäßig abgerissen und im oberen oder unteren Teil zerknittert; ein Ausdruck des Prozeßkostenhilfesuchs weist eine Knitterfaltung auch in der Mitte auf, wobei in diesem Bereich der Druck unterbrochen ist; gerade letzteres legt die Annahme nahe, daß hier ein Papierstau im Empfangsgerät stattgefunden hat. Für einen Fehler lediglich im Ausdrucksbereich des Telefaxanschlusses des Bezirksgerichtes trotz vollständiger Signalübertragung seitens des Sendegerätes spricht auch, daß bei letzterem der nach der Bedienungsstellung vorgesehene „Ausdruck nach Fehlerbedienung“ unterblieben ist.

.....

Steuerberaterhaftung

- unterlassene Belehrung
- Beweislast
- Sachverständigengutachten

(OLG Hamm, Urt. v. 23. 9. 1994 – 25 U 168/93)

Leitsatz (d. Red.):

Behauptet der Anspruchsteller, er sei nicht bzw. unrichtig belehrt bzw. aufgeklärt worden und steht dies im Gegensatz zur Darlegung des Steuerberaters über die Erfüllung seiner Beratungspflicht, so trägt er für das behauptete Unterlassen die Beweislast.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt den Beklagten, der Rechtsanwalt und Steuerberater ist, wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger war Kommanditist der Firma C.-Chemie GmbH & Co. KG. Durch Abfindungsvertrag vom 12. 3. 1987 schied er aus der Gesellschaft aus. Gem. § 2 Ziff. 1 des Abfindungsvertrages erhielt der Kläger zunächst eine feste Abfindung in Höhe von 5,4 Millionen DM. Darüber hinaus erhielt er für die Dauer von 5 Jahren eine variable Abfindung, die in § 3 des Abfindungsvertrages wie folgt geregelt ist:

„... Die variable Abfindung errechnet sich wie folgt:

Nach dem Gutachten der W.-Revision GmbH vom 13. 2. 1987 wurde der durchschnittliche, nachhaltig erzielbare Zukunftsertrag auf DM 2.262.000,00 für die Firma C. festgestellt. Soweit der Jahresgewinn in den Jahren 1987 bis 1991 diesen Zukunftsertrag überschreitet, erhält Herr J. A. hierfür einen Betrag von 30 % des den vorgenannten Zukunftsertrag übersteigenden Betrages des Jahresgewinns der Gesellschaft.

Ziffer 5:

Die jährliche variable Abfindung ist spätestens am 30. 9. des darauffolgenden Kalenderjahres fällig.“

In § 6 des Abfindungsvertrages war ein Wettbewerbsverbot für den Kläger für die Dauer von fünf Jahren vereinbart.

In § 10 des Vertrages wurde die berufsrechtliche Haftung des Beklagten auf DM 500.000,00 begrenzt.

Auf den weiteren Inhalt des Abfindungsvertrages vom 12. 3. 1987 wird Bezug genommen.

Bei den Vertragsverhandlungen wurde der Kläger vom Beklagten in gesellschaftsrechtlicher und steuerrechtlicher Hinsicht beraten, wobei es auch darum ging, ob auf die variable Abfindung § 34 EStG Anwendung finden würde. Streitig ist dabei zwischen den Parteien, ob der Beklagte die Anwendung der Steuerermäßigung als sicher hingestellt hatte, oder ob er auf das Risiko hingewiesen hatte, daß die variable Abfindung von § 34 EStG möglicherweise nicht erfaßt werde.

Die variable Abfindung wurde erstmals im Jahre 1988 gezahlt. Dabei vertrat das zuständige Finanzamt L. die Auffassung, daß § 34 EStG keine Anwendung finde und unterwarf dementsprechend mit Steuerbescheid vom 29. 9. 1989, auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb einschließlich der variablen Abfindung dem vollen Steuersatz. Das anschließende finanzgerichtliche Verfahren vor dem Finanzgericht

M., in welchem der Kläger vom Beklagten vertreten wurde, endete mit einer übereinstimmenden Erledigungserklärung, nachdem folgende Erklärung abgegeben worden war:

„Das Finanzamt wird den Bescheid 1988 dahin berichtigen, daß die Hälfte des Betrages dem begünstigten Steuersatz unterliegt. Bei den Veranlagungen 1989 – 1992 wird entsprechend verfahren werden.“

Dementsprechend wurden die Steuerbescheide für die Jahre 1988 – 1991 geändert; auf den Inhalt der geänderten Steuerbescheide wird Bezug genommen. – Zuvor, mit Schreiben vom 4. 11. 1992, auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, hatte der Beklagte geäußert, daß eine einverständliche Regelung zum Abschluß des gesamten finanzgerichtlichen Verfahrens im Interesse aller Beteiligten liege.

.....

Aus den Gründen:

I.

Eine Haftung des Beklagten aus dem rechtlichen Gesichtspunkt der positiven Verletzung des Beratervertrages kommt nicht in Betracht, da eine Pflichtverletzung des Beklagten nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht festgestellt werden kann. Dabei ist vorab darauf hinzuweisen, **daß derjenige, der eine zur Belehrung und Aufklärung verpflichtete Person (z. B. Rechtsanwalt, Notar, Wirtschaftsprüfer oder – wie hier – Steuerberater) auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, weil diese ihre Beratungspflichten nicht gehörig erfüllt habe, für dieses behauptete Unterlassen die Beweislast trägt.** Der Senat folgt insoweit der in Literatur und Rechtsprechung inzwischen einheitlich vertretenen Auffassung (BGH GI 3/85 = NJW 1985, 264 [265]; BGH GI 87, 84 = WM 1987, 725 [727]; GI 87, 66 = NJW 1987, 1322; GI 92, 249 = NJW 1992, 1695 [1697]; OLG Düsseldorf, GI 8/94, 243 ff. [245/246]; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Aufl. Zusammenfassung S. 455; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdn. 336; Palandt, Kommentar zum BGB, 53. Aufl., § 363 Rdn. 1 und § 282 Rdn. III). Die dem Berater von der Rechtsprechung auferlegte Substantiierungslast für die Erfüllung seiner Beratungspflicht hat der Beklagte dadurch genüge getan, daß er konkret behauptet hat, er habe den Kläger nachhaltig darauf hingewiesen, daß es zweifelhaft sei, ob das Finanzamt auch auf die variable Abfindung dem ermäßigten Steuersatz gem. § 34 EStG anwenden würde. Mehr hätte der Beklagte nicht vortragen können, um seiner ihm von der Rechtsprechung auferlegten Substantiierungslast zu genügen (vgl. dazu auch OLG Düsseldorf, a.a.O.).

Die durchgeführte Beweisaufnahme hat den Nachweis der Richtigkeit der Darstellung des Klägers nicht erbringen können. Die Zeugen W. und F. haben zu der entscheidenden Frage, ob nämlich der Beklagte, wie der Kläger behauptet, den Steuervorteil nach § 34 EStG als sicher hingestellt hat, keine konkreten Angaben machen können. Auch der von den genannten Zeugen dargestellte Ablauf der Verhandlungen läßt einen Schluß auf die Richtigkeit der Darstellung des Klägers nicht zu. Danach kann nur festgestellt werden, daß sich die Verhandlungen anläßlich des Ausscheidens des Klägers über einen längeren Zeitraum hingezogen haben, wobei zunächst nur eine insgesamt feste Abfindung ins Auge gefaßt worden sei. Erst in der letzten Phase der Verhandlungen habe man schließlich, weil man sich über die Höhe der Zukunftserträge nicht habe einigen können, als „Kompromißlösung“ den Weg gefunden, einen Teil der Abfindung als vom tatsächlichen Jahresgewinn abhängige „variable Abfindung“ für die Dauer von 5 Jahren zu vereinbaren. Dabei haben die Zeugen W. und F. übereinstimmend bekundet, daß man um die Formulierungen „gerungen“ habe und, daß man sich schließlich auf die Formulierung „variable Abfindung“ anstatt „Gewinnbeteiligung“ geeinigt hatte, um, wie es der Zeuge W. ausgedrückt hat, „der anderen Seite zu helfen“ und um – wie es der Zeuge F. formuliert hat, für diese den halben Steuersatz „erreichbar“ zu machen.

Dieser Ablauf spricht eher gegen die Darstellung des Klägers, da danach einiges darauf hindeutet, daß in den Verhandlungen für die daran Beteiligten, zu denen auch der Kläger gehörte, schon Zweifel an der Erreichbarkeit des halben Steuersatzes bestanden haben und daß man versuchen wollte, durch die gewählte Formulierung den ins Auge gefaßten Steuervorteil so gut, wie es eben unter den Umständen ging, gegenüber dem Finanzamt darstellbar zu machen. – Darüber hinaus wird die Richtigkeit der Darstellung des Klägers durch den Schriftwechsel vom 22. 1./10. 2. 1988 jedenfalls erschüttert. Denn in seinem Schreiben vom 22. 1. 1988 berichtet der Beklagte von seinen – zunächst erfolgreichen – Bemühungen, seine Auffassung bezüglich der Versteuerung nach dem ermäßigten Steuersatz dem Finanzamt gegenüber durchzusetzen, wobei er jedoch in dem Schreiben deutlich auf die bestehenden rechtlichen Zweifel hinweist. In seinem Antwortschreiben vom 10. 2. 1988 äußert der Kläger demgegenüber lediglich seine Freude über die „gute Nachricht“, wonach „geklärt sei“, daß die von C. gezahlten oder noch zu zahlenden Beträge dem halben Steuersatz unterliegen. Hätte der Beklagte, wie der Kläger behauptet, früher niemals einen Zweifel daran gelassen, daß die Abfindung insgesamt dem ermäßigten Steuersatz unterliegt, so hätte es vom Standpunkt des Klägers her nahegelegen, seine Verwunderung über die nunmehr in dem Schreiben vom 22. 1. 1988 geäußerten Zweifel zum Ausdruck zu bringen. Auch ist auf dem Hintergrund der Darstellung des Klägers

die Formulierung, es sei „geklärt“, daß die zu zahlenden Beträge dem halben Steuersatz unterlägen, nur schwer verständlich; „geklärt“ werden kann nämlich nur etwas, was zuvor unklar war. – Demgegenüber könnte zwar die Formulierung im letzten Absatz des Schreibens des Beklagten vom 16. 3. 1987 für die Darstellung des Klägers sprechen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß es nicht der Lebenserfahrung widerspricht, wenn ein Berater unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluß langwieriger Vertragsverhandlungen – der Beklagte äußert in dem Schreiben ausdrücklich seine Freude über den erfolgreichen Vertragsabschluß – den Mandanten nicht weiterhin mit Zweifeln belastet, sondern sich zuversichtlich äußert, auch wenn in den Vertragsverhandlungen selbst die entsprechenden Zweifel zum Ausdruck gekommen sind. Ein Rückschluß darauf, daß der Beklagte bei den Vertragsverhandlungen selbst die Erlangung des Steuervorteils als sicher dargestellt hat, läßt sich mithin aus dem Inhalt des genannten Schreibens jedenfalls nicht zwingend entnehmen.

Im übrigen wird die Darstellung des Klägers zwar durch die Aussage der Zeugin A. gestützt; jedoch reichen die Angaben der Zeugin nicht aus, um den Senat die sichere Überzeugung für die Richtigkeit der Darstellung des Klägers zu vermitteln. Zum einen ist nicht zu verkennen, daß die Zeugin ein ganz erhebliches eigenes Interesse an dem Ausgang des Rechtsstreits hat, da sie als Ehefrau des Klägers unstreitig an der geltend gemachten Schadenersatzsumme, bei der es sich um einen ganz erheblichen Betrag handelt, partizipieren würde. Im übrigen hat die Zeugin lediglich bekundet, daß von dem Beklagten immer gesagt worden sei, daß „der Verkaufspreis“ dem hälftigen Steuersatz unterliege. Ob dies gerade auch im Bezug auf die variable Abfindung geäußert wurde, ging aus der Aussage der Zeugin jedenfalls nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit hervor. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß eine variable Abfindung zunächst überhaupt nicht Verhandlungsgegenstand war und erst in der letzten Phase der Verhandlungen als Kompromißlösung ins Spiel gebracht wurde, so daß nicht auszuschließen ist, daß sich die Aussage der Zeugin, sie und ihr Ehemann seien dahingehend beraten worden, daß „die Abfindung“ nur mit dem hälftigen Steuersatz zu versteuern sei, sich auf die Beratungen in der früheren Phase bezog, als nur die feste Abfindung in Frage stand, bei der der Steuervorteil nicht zweifelhaft ist.

Hat der Beklagte aber, was nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme jedenfalls nicht zu widerlegen war, die Anwendung des hälftigen Steuersatzes auf den „variablen“ Teil der Abfindung als zweifelhaft dargestellt, so entfällt eine Pflichtverletzung des Beklagten; vielmehr lag es dann im Risikobereich des Klägers selbst, ob der ins Auge gefaßte Steuervorteil vor dem zuständigen Finanzamt bzw. den Finanzgerichten zu realisieren war oder nicht.

II.

Eine Pflichtverletzung des Beklagten kann auch nicht im Hinblick auf das Unterlassen einer „Zusammenballung“ der Einkünfte aus der Abfindung auf ein Veranlagungsjahr festgestellt werden. Zwar steht einem Steuerpflichtigen, der seinen Gewerbebetrieb oder, wie hier, seine Beteiligung an einem Gewerbebetrieb gegen wiederkehrende Bezüge veräußert, ein Wahlrecht zu zwischen einer Versteuerung eines nach § 34 Abs. 2 EStG begünstigten Veräußerungsgewinnes im Zeitpunkt der Veräußerung oder einer Versteuerung nicht begünstigter nachträglicher Einkünfte aus Gewerbebetrieb im Zuflußzeitpunkt nach §§ 15 Abs. 1, 24 Nr. 2 EStG (Schmidt, Kommentar zum Einkommensteuergesetz, 13. Aufl., Anm. 44 a zu § 16 sowie Anm. 8 zu § 34). Abgesehen davon, daß eine Verantwortlichkeit des Beklagten schon deshalb fraglich ist, weil der Steuerpflichtige das Wahlrecht spätestens mit Abgabe der Steuererklärung für den Veranlagungszeitraum der Veräußerung, hier also für das Jahr 1987, hätte ausüben müssen (Schmidt, a.a.O., § 16, Anm. 44 a cc) und der Beklagte unstreitig zur Erstellung der Steuererklärung für das Jahr 1987 nicht beauftragt war, setzt eine „Zusammenballung“ der Einkünfte auf ein Veranlagungsjahr voraus, daß sich die künftige Gewinn- und Umsatzentwicklung einigermaßen zuverlässig bestimmen läßt (Schmidt, a.a.O., Anm. 44 b; Blümich, Einkommensteuergesetz, § 16 Rdn. 144, 145 m.w.N.).

Grundsätzlich ist danach zwar auch bei umsatz- oder gewinnabhängigen Bezügen dem Steuerpflichtigen die Sofortversteuerung nicht zu verwehren, jedoch nur dann, wenn diese auf konkrete Angaben über die mutmaßliche künftige Entwicklung und damit den Wert des Veräußerungspreises gestützt werden kann (Schmidt, a.a.O.; Littmann/Ritz/Meincke, § 16 Rdn. 95). Diese Voraussetzung, die vom Kläger hätte dargelegt werden müssen, kann im vorliegenden Fall nicht festgestellt werden. Gegen die erforderliche zuverlässige Prognostizierbarkeit der künftigen Gewinnentwicklung spricht dabei schon entscheidend der Umstand, daß über die Erwartungen des Zukunftsertrages gerade keine Einigung erzielt werden konnte und daß gerade daran die ursprünglich ins Auge gefaßte Vereinbarung einer festen Abfindung scheiterte. Unstreitig lagen bei den Vertragsverhandlungen die Vorstellungen der Parteien über die zu erwartenden Zukunftserträge weit auseinander, wobei der Kläger zunächst eine Forderung in Höhe von 16 Millionen DM geltend gemacht hatte, während die Gesellschaft nur 4 Millionen DM geboten hatten. Unstreitig ist weiterhin, daß der Kläger nicht bereit war, das Gutachten der W.-Revision GmbH vom 13. 2. 1987, in welchem ein durchschnittlicher nachhaltig erzielbarer Zukunftsertrag von 2.262.000,00 DM festgestellt wurde, zu akzeptieren und daß er sich deshalb schließlich mit einem Abschluß auf der Basis einer teilweisen variablen Abfindung bereit-

erklärt hatte. Unter diesen Umständen ist nicht ersichtlich, wie die erforderliche zuverlässige Prognose der künftigen Gewinnerwartungen dem Finanzamt gegenüber hätte dargestellt werden können, zumal auch die spätere Entwicklung gezeigt hat, daß die in den einzelnen Jahren angefallenen Gewinne, auf denen die in den Steuerbescheiden enthaltenen Einkünfte des Klägers „aus Gewerbebetrieb“ beruhten, in den einzelnen Jahren erheblich voneinander abwichen. Jedenfalls hat der Kläger die entsprechenden Voraussetzungen trotz Hinweises des Senates in der mündlichen Verhandlung nicht darlegen können. **Die Einholung eines Sachverständigengutachtens zu der Frage der „Zusammenballung“ der Einkünfte kam nicht in Betracht, da es sich bei der Frage, unter welchen Voraussetzungen das Wahlrecht des Steuerpflichtigen zwischen der begünstigten Sofortversteuerung und der nichtbegünstigten Zuflußbesteuerung besteht, um eine steuerrechtliche Rechtsfrage handelt, die vom Senat selbst zu entscheiden ist.**

Steuerberaterpflichten

- Informationspflicht des Mandanten
- Belegprüfung
- Unternehmensänderung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 17. 3. 1994 – 13 U 110/93)

Leitsatz:

Der Steuerberater muß kommentarlos übergebene Belege, die er zur Anfertigung von Jahresabschlüssen und Steuererklärungen benötigt, nicht darauf überprüfen, ob sich aus ihnen eine Änderung der Unternehmensverhältnisse ergibt.

Aus den Gründen:

I.

Es bedarf keiner Entscheidung, ob vertragliche Bindungen nur zwischen der Klägerin zu 1) und dem Beklagten zustanden gekommen sind, der bestehende Vertrag aber Schutzwirkungen zugunsten des Klägers zu 2) entfaltet. Die erhobenen Schadenersatzansprüche sind jedenfalls deshalb unbegründet, weil dem Beklagten nicht der Vorwurf gemacht werden kann, er habe die Kläger steuerlich fehlerhaft beraten.

1. Der Beklagte war nach dem ihm erteilten Mandat verpflichtet, die **Jahresabschlüsse und die Steuererklärungen** für das von der Klägerin zu 1) betriebene Einzelkaufmännische Unternehmen sowie die gemeinsame Einkommensteuererklärung der verheirateten Kläger zu fertigen. **Der Steuerberater hat bei einem derartigen Auftrag zu prüfen, welche Steuer tatbestände verwirklicht wurden, steuerliche Begünstigungsvorschriften zu berücksichtigen und hierzu notwendige Anträge rechtzeitig zu stellen** (Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdn. 295). Dieser Prüfung muß eine erschöpfende Aufklärung des Sachverhalts vorausgehen. Da Steuererklärungen nur dann den Anforderungen des Abgabenrechts genügen, wenn der Steuerpflichtige **genau bekannt ist, trifft den Steuerberater mit der Übernahme des Mandats die Pflicht, sich über die Person des Inhabers eines betreuten Gewerbebetriebes Gewißheit zu verschaffen** (BGH VersR 1980, 264, 265).

Der Streitfall weist die Besonderheit auf, daß der Beklagte die steuerliche Beratung der Kläger ab 1. 7. 1987 nach Übernahme der Praxis eines anderen Steuerberaters fortgesetzt hat. Die tatsächlichen Verhältnisse, die nunmehr die Grundlage für den Vorwurf fehlerhafter Beratung bilden, hatten sich aber bereits vor der Praxisübernahme geändert. Der Ehegattenarbeitsvertrag ist zwischen den Klägern am 1. 9. 1984 geschlossen worden. Diese kamen im Jahre 1986 überein, in den Geschäftspapieren und Firmenstempeln neben dem Familiennamen und dem Anfangsbuchstaben des Vornamens der Klägerin zu 1) auch den Anfangsbuchstaben des Vornamens des Klägers zu 2) aufzunehmen. Das aber führte im Rahmen einer Betriebsprüfung zu der Feststellung des Finanzamtes, der Kläger zu 2) erfülle die steuerlichen Anforderungen eines Mitunternehmers, was letztlich die Umqualifizierung seiner Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in Einkünfte aus Gewerbebetrieb zur Folge hatte. **Die Kläger hätten die Änderung des Firmennamens an sich schon dem Praxisvorgänger des Beklagten mitteilen müssen. Denn den Mandanten trifft bei der erforderlichen Sachverhaltsaufklärung eine deutlich ausgeprägte Pflicht zur Unterstützung des Steuerberaters** (Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Aufl., Rdnr. 134). Ohne ausdrückliche Hinweise auf die vorgenommenen Änderungen konnte jedenfalls der Beklagte den steuerrechtlichen Sachverhalt hinsichtlich der Stellung des Klägers zu 2) im Betrieb der Klägerin zu 1) als geklärt ansehen.

2. Der Beklagte ist aber auch dann nicht zum Schadenersatz verpflichtet, **wenn man zugunsten der Kläger annimmt, der Sachverhalt hätte nach der Praxisübernahme noch einmal von Grund auf ermittelt werden müssen**. Die Kläger tragen im Berufungsrechtszug vor, ihnen sei gar nicht bewußt gewesen, daß die Änderung der Geschäftspapiere mit steuerlichen Kon-

sequenzen verbunden gewesen sei. Sie hätten vielmehr angenommen, daß der Kläger zu 2) nach wie vor als Angestellter des Unternehmens fungiere, und zwar aufgrund des ungekündigten Anstellungsvertrages vom 1. 9. 1984. Selbst wenn also der Beklagte nach der Praxisübernahme gefragt hätte, ob eine Änderung steuerlich bedeutsamer Tatsachen eingetreten sei, so wäre diese Frage angesichts der Vorstellungen der Kläger, hinsichtlich des Firmennamens allenfalls optisch etwas geändert zu haben, verneint worden. Sie hatten ja auch keinen Anlaß gesehen, den Vorgänger des Beklagten vor der Änderung der Geschäftsbriefe und Firmenstempel um Rat zu fragen. Selbst wenn man nach allem bemängeln wollte, der Beklagte habe den Sachverhalt nicht sorgfältig und zutreffend ermittelt, dann müßte die Ursächlichkeit dieser Pflichtverletzung für den eingetretenen Schaden verneint werden. Denn die gebotene Handlung hätte den Eintritt des Schadens nicht verhindert.

3. Es bleibt der nicht gerechtfertigte Vorwurf, zu den Feststellungen der Betriebsprüfer hätte der Beklagte schon bei Fertigung der Jahresabschlüsse und Steuererklärungen aufgrund der ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen gelangen müssen. Selbst wenn an die vom Steuerberater zu beachtende Sorgfalt ein strenger Maßstab anzulegen ist, **so kann er doch davon ausgehen, daß der Mandant Änderungen des steuerrechtlich bedeutsamen Sachverhalts von sich aus anzeigt** (BGH, a.a.O.). **Deshalb muß der Steuerberater kommentarlos übergebene Belege, die er zur Anfertigung der Jahresabschlüsse und Steuererklärungen benötigt, nicht darauf überprüfen, ob sich aus ihnen eine Änderung der Unternehmensverhältnisse ergibt.** Die neuen Geschäftsbriefe und Stempel sind aber auch nicht so gestaltet, daß jedem mit durchschnittlicher Sorgfalt arbeitenden Steuerberater sogleich der steuerrechtlich relevante Tatbestand hätte offenbar werden müssen. Bei den Geschäftsbriefen fällt in erster Linie der einen ca. 5,7 cm x 5 cm großen Rahmen ausfüllende Firmenname „H. D. B. F.“ ins Auge. Der kleingedruckte Zusatz „+“ – das „A.“ stellt den einzigen Hinweis auf den Kläger zu 2) dar – gerät zwangsläufig in den Hintergrund. Die Firmenstempel tragen zwar in gleich großen Buchstaben die Überschrift „B.-F. + H.“. Da sich der Beklagte bei der Auswertung der Belege aber vornehmlich auf andere Dinge konzentrieren muß, kann das übersehen des Anfangsbuchstabens des Vornamens des Klägers zu 2) nicht als Sorgfaltspflichtverletzung gewertet werden. Ohnehin sollen derartige Abkürzungen bei der gewerblichen Betätigung von Eheleuten in der Regel gerade unauffällig zum Ausdruck bringen, daß sich der Firmeninhaber geändert hat oder eine Nachfolgefirma gegründet worden ist.

Der Senat teilt im übrigen nicht die Auffassung der Kläger, daß der Beklagte den Rat hätte erteilen müssen, ein Geschäftskonto, das auf den

Namen der Kläger lautet, aufzulösen. Es ist völlig offen, welche Geschäftsvorgänge über dieses Konto abgewickelt worden sind. Die Kläger haben zum einen lediglich Kontoauszüge per 31.12.1986, 31.12.1987, 31.12.1988, 30.12.1989 und 31.12.1990 vorgelegt. Auf den – neuen – Geschäftsbögen der Klägerin zu I) werden zum anderen nur das Konto bei der D., das P. und das K. Nr. bei der S. D. erwähnt. Das bei dem letztgenannten Institut darüber hinaus geführte E. Nr. ist dagegen nicht aufgeführt worden. Zahlungen von Kunden der Klägerin zu I) konnten auf diesem Konto folglich gar nicht verbucht werden.

4. Ob der Beklagte sein besonderes Augenmerk auf das bestehende **Ehegattenarbeitsverhältnis** zu richten hatte, wie die Kläger meinen, kann dahinstehen. Es liegt ein schriftlicher Arbeitsvertrag vor, der in der Vergangenheit vom Finanzamt anerkannt worden war.
5. Schließlich konnte der Beklagte unmittelbar vor oder nach der im Jahre 1991 durchgeführten Betriebsprüfung keinen Rat erteilen, durch den die Umqualifizierung der Einkünfte für die Jahre 1986 bis 1990 vermieden worden wäre. Die Änderung der Firmenbezeichnung hätte für die Vergangenheit keine steuerrechtliche Wirksamkeit mehr entfalten können.

Steuerberaterhaftung

- Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen
- Erstattung von Beratungskosten
- Steuerstrafe, Verfahrenskosten

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 13.1.1994 – 13 U 302/92)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Mandant ist rechtzeitig auf die Verpflichtung zum Einbehalt der Abzugssteuer gemäß § 50 a Abs. 5 Satz 2 EStG hinzuweisen.
2. Beratungskosten sind nur erstattungsfähig, wenn sich aus der Honorarrechnung ein ursächlicher Zusammenhang der Beratungstätigkeit mit einer vorangegangenen fehlerhaften steuerlichen Beratung nachvollziehen läßt.
3. Kosten einer Strafverfolgung sind nicht im Wege des Schadenersatzes ausgleichsfähig.

Tatbestand:

Der Beklagte hat die Klägerin von 1981 bis 1991 in steuerlicher Hinsicht beraten. Seit dem Jahre 1981 stand die Klägerin in Verbindung mit der damals auf der Insel ansässigen X (nachfolgend A.). Im Rahmen dieser Geschäftsverbindung bezog die Klägerin sogenannte Masterbänder für Sportveranstaltungen. Diese Bänder wurden von der Klägerin in Deutschland kopiert, synchronisiert, bearbeitet und anschließend als Videobänder vertrieben. Gegenstand der zwischen der Klägerin und der A. bestehenden Verbindung sind Verträge über die Einräumung eines Nutzungsrechts an Filmwerken im Sinne des Urheberrechtsgesetzes. Hiernach hat die Klägerin das Recht erworben, Übersetzungen und andere filmische Bearbeitungen oder Umgestaltungen des jeweiligen Filmwerks zu fertigen und zu nutzen.

Die Klägerin hat in dem genannten Zeitraum die vereinbarten Lizenzgebühren in voller Höhe an die A. überwiesen. Die A. ist nach deutschem Steuerrecht beschränkt steuerpflichtig im Sinne von § 39 Abs. 1 Nr. 9 EStG. Im Anschluß an die Auffassung der Finanzverwaltung gehen auch die Parteien davon aus, daß das zwischen Großbritannien und Deutschland bestehende Doppelbesteuerungsabkommen das Gebiet der Insel nicht einschließt. Nach § 50 a Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 4 Nr. 3 EStG obliegt dem inländischen Lizenznehmer (= Klägerin) die Verpflichtung, die auf die Lizenzgebühr entfallenden Einkommen- und Körperschaftssteuern an das Finanzamt abzuführen. Dies ist im Fall der Klägerin unterblieben, da die Parteien zunächst davon ausgingen, daß auf die auf der Insel ansässige A. das Doppelbesteuerungsabkommen Anwendung finde. Im Jahre 1991 erließ das Finanzamt gegen die Klägerin Haftungsbescheide hinsichtlich der nicht gezahlten Abzugssteuern, wobei die gezahlten Lizenzgebühren gemäß § 162 AO geschätzt wurden. Die endgültige Höhe der von der Klägerin zu zahlenden Steuern stand im Zeitpunkt der Klageerhebung noch nicht fest, da das von der Klägerin betriebene Einspruchsverfahren noch nicht abgeschlossen war.

Der Beklagte hat sich erstinstanzlich darauf berufen, daß die Nichtanwendbarkeit des Doppelbesteuerungsabkommens ihm nicht anzulasten sei. In der Fassung des Doppelbesteuerungsabkommens vom 23. 3. 1990 sei im Gegensatz zu der früheren Fassung des Abkommens nicht mehr ausdrücklich gesagt worden, daß das Gebiet der Insel nicht unter dieses Abkommen falle.

Das Landgericht hat der auf Feststellung der Schadenersatzverpflichtung des Beklagten gerichteten Klage durch Urteil vom 12. 11. 1992, auf das zur Darstellung der näheren Einzelheiten verwiesen wird, stattgegeben: Der Beklagte habe seine vertraglichen Pflichten verletzt, weil er die Klägerin über die bestehende Verpflichtung zum Einbehalt der Abzugssteuern nicht aufgeklärt habe. Aufgabe des Beklagten sei es gewesen, die Klägerin über steuer-

liche Probleme – hier: steuerliche Besonderheiten des Lizenznehmers im Verhältnis zu einem ausländischen Unternehmer – aufzuklären. Der Beklagte habe sich dabei nicht auf den Wortlaut des Doppelbesteuerungsabkommens berufen dürfen. Der Klägerin sei auch ein Schaden entstanden, da die Steuernachforderung bei sachgerechtem Verhalten des Beklagten hätte vermieden werden können.

Mit der dagegen gerichteten Berufung macht der Beklagte in erster Linie geltend, daß der Klägerin kein Schaden entstanden sei. Dies gelte für die Veranlagungszeiträume bis 1983 schon deshalb, weil eine Inanspruchnahme der Klägerin wegen der zwischenzeitlich eingetretenen Verjährung nicht in Betracht komme. Diese Einrede müsse und könne die Klägerin dem Finanzamt entgegenhalten.

Sodann bestreitet der Beklagte, daß die Klägerin den größten Teil der festgesetzten Steuer bezahlt habe. Weiterhin ist er der Auffassung, daß die Klägerin angesichts der bestehenden Schadenminderungspflicht von dem ihr gegenüber der A. zustehenden Anspruch auf Ausgleichung der Steuerbelastung hätte Gebrauch machen müssen. Angesichts der fortbestehenden Geschäftsverbindung mit der A. hätte die Klägerin mit ihrem Erstattungsanspruch gegenüber dem Anspruch der A. auf Zahlung der Lizenzgebühren aufrechnen können. Schließlich wiederholt der Beklagte seinen Rechtsstandpunkt, wonach eine schuldhafte Pflichtverletzung seinerseits zu verneinen sei: Er habe sich stets an dem eindeutigen Wortlaut des deutsch-britischen Doppelbesteuerungsabkommens orientiert. Schließlich hätte das Finanzamt bei Berücksichtigung dieses Gesichtspunkts im Rahmen der Ermessensausübung nach § 191 Abs. 1 AO von einer Inanspruchnahme der Klägerin absehen können, weil diese die Körperschaftsteuer lediglich infolge eines entschuldbaren Rechtsirrtums nicht einbehalten und abgeführt habe.

Der Beklagte beantragt,
die Klage unter Abänderung des landgerichtlichen Urteils abzuweisen.

Die Klägerin beantragt,
die Berufung zurückzuweisen.

sodann ändert sie ihren Klageantrag, wobei sie teilweise vom Feststellungsantrag zum Leistungsantrag übergeht. Sie beantragt nunmehr,

1. den Beklagten zu verurteilen, an sie 77.453,78 DM nebst 4 % Zinsen seit Zustellung der Berufungserwiderung (3. 6. 1993) zu zahlen,
2. festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet sei, an sie weitere 63.004,80 DM zu zahlen, sobald der Nachweis erbracht sei, daß die zuständigen Finanzbehörden gegen sie – Klägerin – aus einem Betrag in vorgenannter Höhe oder in Teilen hiervon vollstreckt hätten.

3. festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet sei, ihr allen weiteren Schaden zu erstatten, der ihr aus der Nichtabführung von Abzugssteuern nach § 50 a Abs. 4 EStG für die Veranlagungszeiträume 1981 bis 1990 entstanden sei und weiter entstehen werde.

Hierzu wiederholt und ergänzt die Klägerin – im einzelnen gemäß den Ausführungen in der Berufungserwiderung vom 1. 6. 1993 und im nachfolgenden Schriftsatz vom 25. 11. 1993 – ihr erstinstanzliches Vorbringen.

Der Beklagte bestreitet weiterhin, daß eine Kapitalertragssteuerschuld in Höhe von 64.652,74 DM entstanden sei und daß die Klägerin Zahlungen in dieser Höhe geleistet habe.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands wird auf die vorbereitenden Schriftsätze und die von den Parteien überreichten Unterlagen Bezug genommen.

Aus den Gründen:

I.

Die Berufung des Beklagten ist nur insoweit begründet, als er sich gegen die Verurteilung zur Erstattung der Beratungskosten in Höhe von 12.133 DM sowie der Anwaltskosten in Höhe von 668,04 DM wendet.

1. Der Senat ist ebenso wie das Landgericht der Auffassung, daß der Beklagte die aufgrund des Steuerberatungsvertrages der Klägerin gegenüber bestehenden Beratungspflichten nicht sachgerecht erfüllt hat und deshalb zum Ersatz des durch die fehlerhafte Beratung verursachten Schadens verpflichtet ist. Ein Steuerberater muß seinem Auftraggeber auch ungefragt die bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten, die bei der Erledigung des Auftrages auftauchen, darlegen und ihn über ihre Folgen unterrichten (BGH, GI 1992, 175). Dabei hat der Steuerberater grundsätzlich von der Belehrungsbedürftigkeit seines Mandanten in steuerlichen Dingen auszugehen (BGH GI 91, 223 = MDR 1991, 725 = Der Steuerberater 1991, 301). Ein Beratungsfehler ist dem Beklagten insoweit unterlaufen, als er die Nichtanwendbarkeit des deutsch-britischen Doppelbesteuerungsabkommens auf den auf der Insel ansässigen Geschäftspartner der Klägerin verkannt und infolge dieses Versehens **es unterlassen hat, die Klägerin rechtzeitig auf die Verpflichtung zum Einbehalt der Abzugssteuer gemäß § 50 a Abs. 5 Satz 2 EStG in Verbindung mit Abs. 4 Nr. 3 dieser Vorschrift hinzuweisen.**

Zu seiner Entlastung kann der Beklagte sich nicht auf den Wortlaut des Doppelbesteuerungsabkommens in der Fassung vom 23. 3. 1970 berufen. Ein Vergleich der wiedergegebenen unterschiedlichen Fassungen leistet

zwar der Annahme Vorschub, daß die Insel ab 1970 anders als bis dahin zum Gebiet des Vereinigten Königreiches im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens gerechnet wurde. Mit einer derartigen Schlußfolgerung durfte sich der Beklagte indessen nicht zufrieden geben. Die von der Klägerin an die A. gezahlte Vergütung unterlag der beschränkten Steuerpflicht nach § 50 a Abs. 4 EStG. Ein bestehendes Doppelbesteuerungsabkommen berechnete den Steuerschuldner jedoch nicht ohne weiteres, den Steuerabzug zu unterlassen. Vielmehr bedurfte es hierzu einer vorherigen **Bescheinigung des Bundesamtes für Finanzen**, aus dessen Wortlaut hervorgehen mußte, daß die Voraussetzungen für die Nichterhebung der Abzugssteuer vorlagen (§ 73 h EStDV). Die Vorbemerkung zum Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 26. 3. 1976 (BStBl I S. 279) enthielt den ausdrücklichen Hinweis, **daß der deutsche Schuldner den Steuerabzug nur unterlassen oder nach einem niedrigeren Satz vornehmen darf, wenn das Bundesamt für Finanzen bescheinigt, daß die Voraussetzungen für die Nichterhebung der Abzugssteuer oder deren Erhebung nach einem niedrigeren Satz vorliegen**. Eine der früheren Vorschrift des § 73 h EStDV entsprechende Regelung findet sich heute in § 50 d Abs. 3 EStG. **Die Nichtbeachtung der Vorschrift des § 73 h EStDV ist als Beratungsfehler des Beklagten zu werten**. Die mangelnde Rechtskenntnis entlastet ihn nicht. Daher kommt es auch nicht darauf an, ob der Beklagte Zugang zu bestimmten Spezialkommentaren zum Recht der Doppelbesteuerung hatte. Bereits unter Zuhilfenahme des jährlich erscheinenden Handbuches zur Einkommensteuerveranlagung (herausgegeben vom Deutschen wissenschaftlichen Steuerinstitut der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten e.V.) hätte der Beklagte die Notwendigkeit einer entsprechenden Bescheinigung des Bundesamtes für Finanzen erkennen müssen.

2. Die nachfolgenden Einwendungen des Beklagten sind nicht geeignet, den Antrag auf Abweisung der Klage in vollem Umfang zu rechtfertigen.
 - a) Soweit der Beklagte sich darauf beruft, daß der Anspruch der Finanzverwaltung auf Steuernachzahlung **verjährt** sei, betrifft dieser Einwand nur den Veranlagungszeitraum bis Ende 1983. Haftungsbescheide sind, soweit dies den von der Klägerin überreichten Unterlagen zu entnehmen ist, nur für die Zeit ab 1984 ergangen. Auch die im Rahmen der Berufungserwiderung überreichten Forderungsaufstellung des Finanzamts K. weist Steuernachforderungen erst ab 1984 aus. Von daher gesehen ist davon auszugehen, daß Bescheide für die Zeit bis 1980 nicht ergangen sind. Falls das Finanzamt dies nachholen sollte, wird die Klägerin im Rahmen der bestehenden Schadenminderungspflicht die Einrede der Verjährung erheben müssen. Allerdings ist der Erfolg

dieses Einwands nicht eindeutig sicher, da nach § 191 Abs. 3 AO sich die Festsetzungsfrist im Falle der leichtfertigen Steuerhinterziehung auf fünf Jahre verlängert. Wegen dieser rechtlichen Ungewißheit hat die Klägerin weiterhin ein rechtliches Interesse an der Feststellung, daß der Beklagte auch für den Zeitraum bis 1983 haftet.

- b) Soweit der Beklagte weiterhin bestreitet, daß die Klägerin inzwischen eine Steuernachzahlung in Höhe von 64.652,74 DM geleistet hat, berührt dieser Einwand nur die Höhe der Forderung, ohne dabei den Grund des Anspruchs in Frage zu stellen.
 - c) Anhaltspunkte dafür, daß die Klägerin – wie der Beklagte geltend macht – in jedem Fall die Steuerlast mit befreiender Wirkung für die A. übernommen hätte, fehlen. Gegen eine solche Annahme spricht insbesondere auch die von der Klägerin erwirkte Bescheinigung des Bundesamtes für Finanzen vom 12. 2. 1992. Nach dieser Bescheinigung war die Klägerin berechtigt, für die Zeit vom 1. 10. 1991 an den Steuerabzug nach § 50 a EStG zu unterlassen. Des weiteren ist der Klägerin nicht zuzumuten, mit etwaigen Erstattungsfordernngen an die A. heranzutreten und ihre diesbezüglichen Rechte beispielsweise im Wege der Aufrechnung durchzusetzen. Insoweit ist der Beklagte auf das Angebot der Klägerin zu verweisen, etwaige Erstattungsansprüche der Klägerin gegen die A. abtreten zu lassen.
3. Die Schadenersatzverpflichtung des Beklagten umfaßt jedoch nicht die Verpflichtung zur Erstattung der Beratungskosten in Höhe von 12.133 DM und der Anwaltskosten in Höhe von 668,04 DM.

- a) Zur Begründung des Anspruchs auf **Erstattung der Beratungskosten** trägt die Klägerin lediglich vor, die Beratung durch die ... – einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft – sei notwendig gewesen, um die Fehler und Versäumnisse des Beklagten aufzuklären; dabei habe die ... die gesamten Unterlagen sichten müssen, um entscheiden zu können, welche Steuern zu Recht bezahlt worden seien und welche nicht.

Dieser Sachvortrag rechtfertigt auch in Verbindung mit den vorgelegten Rechnungen vom 1. 7., 19. 8. und 22. 11. 1991 keine Verurteilung des Beklagten zur Zahlung eines Beratungshonorars. Nach dem Wortlaut der Rechnungen hat die ... die Klägerin in der Zeit vom 25. 5. 1991 bis 5. 11. 1991 steuerlich beraten. **Anhand dieser Beschreibung ist ein ursächlicher Zusammenhang der Beratungstätigkeit durch die ... mit einer vorangegangenen fehlerhaften steuerlichen Beratung durch den Beklagten nicht zu erkennen.**

Nach Form und Inhalt sind die überreichten Rechnungen nicht geeignet, eine Honorarforderung für eine steuerliche Beratung wirksam werden zu lassen. **Die an eine ordnungsgemäße Abrechnung nach § 9 Abs. 1 und 2 StBGebV zu stellenden Anforderungen sind offensichtlich nicht erfüllt.** Weder die einzelnen Gebührentatbestände, noch die angewandten Gebührenvorschriften und auch nicht die für die Wertgebühr maßgeblichen Gegenstandswerte sind aus den Rechnungen zu ersehen. Allein die Rechnung vom 22. 11. 1991 enthält den Hinweis auf „§ 21 I e StBGebV“. Aber auch eine solche aus sich heraus nicht verständliche Bezeichnung reicht mangels Bezugnahme auf einen bestimmten Gegenstandswert nicht aus, um einen Honoraranspruch für einen Rat oder eine Auskunft nach § 21 Abs. 1 StBGebV zu begründen.

- b) Die von der Klägerin beanspruchten Gebühren für die Tätigkeit der Rechtsanwälte sind gleichfalls nicht erstattungsfähig. Nach Darstellung der Klägerin sind diese Gebühren angefallen, weil die Klägerin sich gegen ein Steuerstrafverfahren hat verteidigen müssen, das durch die Tätigkeit des Beklagten ausgelöst worden sei.

Die Kosten einer Strafverfolgung des Geschädigten sind nicht im Rahmen des Schadenersatzes auszugleichen (Staudinger/Medicus, 12. Auflage, § 251 BGB, Rdn. 88; Soergel/Mertens, 12. Auflage, § 249 BGB, Rdn. 64). Ebenso wenig wie ein wegen leichtfertiger Steuerverkürzung festgesetztes **Bußgeld** auf den steuerlichen Berater abgewälzt werden kann (LG München I, DStR 1978, 51–51), haftet ein Steuerberater dem Mandanten für den Schaden, den dieser aufgrund einer Verurteilung in einem Steuerstrafverfahren erleidet (LG Berlin, AnwBl, BE 1992, 168–169). **Der Mandant kann die gegen ihn verhängte Geldstrafe nicht als Schadenersatz gegen den Steuerberater geltend machen** (OLG Düsseldorf, 18. Zivilsenat, GI 1987, 125–127). **Dies gilt auch für die Verfahrenskosten.**

Prüferhaftung

- Testatinhalt
- Prüfungsberichte

(OLG Köln, Urt. v. 1. 7. 1994 – 3 U 40/94)

Leitsatz (d. Red.):

1. Enthält der Bestätigungsvermerk den Hinweis „über den Umfang und das Ergebnis der Arbeiten unterrichtet der vorliegende Bericht“, so ergibt sich hieraus eine Konkretisierung der vom Abschlußprüfer übernommenen Verantwortung.

2. Ohne einen besonderen Auftrag ist der Abschlußprüfer nicht verpflichtet, an der körperlichen Bestandsaufnahme anwesend zu sein und Stichprobenzählungen durchzuführen, wenn er nur die Bestands**nachweise** geprüft hat.

Es muß mit dem Mandanten das praktische Vorgehen bei den Inventuren und die Erfassung durch ein Computerprogramm abgestimmt sein.

Aus den Gründen:

Die in formeller Hinsicht nicht zu beanstandende Berufung der Klägerin hat in der Sache keinen Erfolg.

Zu Recht hat das Landgericht einen Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen die beklagten Steuerberater verneint. Wie das Landgericht zutreffend ausgeführt hat, kommt zwar grundsätzlich eine Haftung der Beklagten nach den **Grundsätzen des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter in Betracht** (vgl. BGH WM 71, 1206; WM 86, 711; ZIP 85, 398; GI 87, 27 = VersR 87, 262 und GI 89, 95 = NJW-RR 89, 696). Für die Haftung des Steuerberaters gegenüber Dritten kommt es jedoch entscheidend auf den **Wortlaut des Bestätigungsvermerks** an (BGH NJW-RR 89, 696 und NJW 91, 32; Lang WM 88, 1001, 1007; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 1. Aufl., Rdnr. 380).

Der Senat vermag allerdings dem Landgericht nicht zu folgen, soweit es ausführt, die Beklagten hätten die Korrektheit der Buchführung und des Jahresabschlusses nicht bestätigen können, weil man nur das auf seine Richtigkeit prüfen könne, was man selbst nicht erstellt habe; denn der Sinn des Bestätigungsvermerks liegt gerade in der Übernahme der Gewähr für die Richtigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses. **Eine Einschränkung hinsichtlich des Umfangs der von den Beklagten übernommenen Verantwortung ergibt sich jedoch aus dem Zusatz**

„über den Umfang und das Ergebnis der Arbeiten unterrichtet der vorliegende Bericht.“

Der Bestätigungsvermerk muß zusammen gelesen werden mit Ziff. I des Prüfberichts, die den Umfang der Prüfung behandelt. **Hiernach wurden nur die Bestandsnachweise geprüft. Einzelheiten des Geld- und Warenverkehrs waren nicht Gegenstand der Prüfung.** Hieraus ist zu schließen, daß der Warenbestand selbst – etwa in Form von Anwesenheit bei der körperlichen Bestandsaufnahme am Stichtag oder auch durch nachträgliche Stichproben – nicht überprüft wurde. So mußte dies auch die Klägerin verstehen. **Es kann offenbleiben, ob der Abschlußprüfer grundsätzlich bei der körperlichen Bestandsaufnahme anwesend sein und Stichprobenzählungen durch-**

führen muß. Ohne besonderen Auftrag waren die Beklagten hierzu nicht verpflichtet. Sie hatten nur einen eingeschränkten Prüfungsauftrag erhalten und demgemäß haben sie auch lediglich ein eingeschränktes Testat erteilt. Im Rahmen dieses begrenzten Prüfungsumfangs **reichte es aus, daß die Beklagten das praktische Vorgehen bei den Inventuren und die Erfassung durch das Computerprogramm mit dem Prokuristen Dr. L. der Fa. I. abgestimmt hatten und sodann die vom Computer ausgedruckten Bestandslisten rechnerisch überprüft haben,** wie sich dies aus den vorgelegten Belegen ergibt. Die Prüfung der bei der Inventur erstellten Uraufzeichnungen war nicht ihre Aufgabe. Der Senat vermag der Auffassung der Klägerin nicht zu folgen, daß nur diese und nicht die Computerlisten als Bestandsnachweise zu gelten hätten. An die Qualifikation dieser Nachweise können hier nicht etwa dieselben Anforderungen wie nach der ZPO gestellt werden.

Bei einer solchen Betrachtungsweise käme den Urlisten genauso wenig Beweiskraft zu wie den Computerausdrucken; denn bei beiden handelt es sich um von den Mitarbeitern der Fa. I. gefertigte Aufzeichnungen, die die Möglichkeit von Fehlern in sich bargen. Entgegen der Auffassung der Klägerin waren die Beklagten nicht gehalten, sich von der Fa. I. die in den einzelnen Niederlassungen erstellten Urlisten geben zu lassen und diese mit den Computerausdrucken zu vergleichen, um Übertragungsfehler auszuschließen. Zu einer solchen Vorgehensweise hätte nur dann Veranlassung bestanden, wenn sich Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten gezeigt hätten oder es in der Vergangenheit zu entsprechenden Fehlern gekommen wäre. Dies war jedoch nach dem unbestrittenen Vorbringen der Beklagten nicht der Fall. Sie konnten sich daher auf die Überprüfung der Computerlisten beschränken. Den Fehler bei der Bestandsaufnahme, der darin lag, daß das **Modul des Zwischenspeichers für die an den Arbeitsplätzen befindlichen oder an Kunden ausgeliehenen Geräte nicht auf Null gestellt war,** konnten und mußten sie, da sie Steuerberater und keine Fachleute für EDV sind, nicht entdecken. **Die Fehlmenge bei dem Warenbestand mußte ihnen auch nicht bei ihrer weiteren Arbeit auffallen, da sich aus den Daten der Vorjahre eine kontinuierliche Entwicklung des Warenverkehrs ergab.**

Nach alledem hatten die Beklagten der Klägerin nicht für den Fehler bei der Angabe des Warenbestandes.

Berufspflichtverletzung

- Korrekte Gebührenabrechnung
- Doppelqualifikation WP/StB

(OLG Bremen, Urt.v. 31. 5. 1994 – St O 5/93 – StV 2/89)

Leitsatz:

Ein Steuerberater verstößt gegen seine Berufspflichten, wenn er eine steuerberatende Leistung nicht nach der Steuerberatergebührenverordnung abrechnet. Eine Bindung an die Steuerberatergebührenverordnung besteht auch im Falle einer Doppelqualifikation als WP/StB.

Tatbestand:

Die Erbengemeinschaft H. beauftragte den beschuldigten StB/WP mit der Erstellung der Erbschaftsteuererklärung der verstorbenen Erblasserin. Der Steuerberater erstellte hierfür zwei Gebührenrechnungen über insgesamt rund DM 12.500,00. Die Gebührenpositionen waren z.T. nach Wertgebühren der StBGebV und z.T. nach Tagewerken der Wirtschaftsprüfer mit einem Tagessatz berechnet.

Die Erbengemeinschaft beanstandete die von ihr bereits vollständig bezahlten Gebührenrechnungen nachträglich und schaltete die Steuerberaterkammer zwecks Vermittlung ein. Der Vermittlungsvorschlag, Gebühren in Höhe von DM 6.000,00 seitens der Erbengemeinschaft anzuerkennen, blieb erfolglos.

In dem Vermittlungsverfahren hatte die Steuerberaterkammer darauf hingewiesen, daß die Abrechnungsgrundlage nur die StBGebV sein kann, da es sich hier um einen eindeutigen Fall des § 33 StBerG handelt. Dafür ist auch bei sog. Doppelbändern die StBGebV die verbindlich anzuwendende Gebührentabelle.

Die Erbengemeinschaft klagte daraufhin zivilrechtlich die zuviel gezahlten Gebühren ein und erhielt nach einem Teilerfolg vor dem Landgericht dann vom OLG einen Rückzahlungsanspruch auf Gebühren in Höhe von ca. DM 8.900,00 zuerkannt.

Die Generalstaatsanwaltschaft leitete wegen Verstoßes gegen die für ihn bindende StBGebV (§ 64 StBerG i.V.m. § 1 StBGebV) und der weit überhöhten Gebührenrechnungen ein berufsgerichtliches Verfahren gegen den Steuerberater ein.

Sowohl das Landgericht als auch das OLG verurteilten den StB/WP wegen fahrlässiger Verletzung seiner Berufspflichten zu einer Geldbuße in Höhe von DM 5.000,00.

Aus den Gründen:

.....

III.

Die getroffenen Feststellungen beruhen auf den Angaben des Steuerberaters und den in der Hauptverhandlung verlesenen Unterlagen.

Soweit der Verteidiger des Steuerberaters geltend macht, daß eine wesentliche Verfahrensvoraussetzung fehle, da die Anschuldigungsschrift der Generalstaatsanwaltschaft Bremen vom 18. 10. 1990 wegen fehlender Hinweise zur inneren Tatseite nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche, verkennt er, daß in § 117 StBerG der Inhalt der Anschuldigungsschrift abweichend von § 200 StPO geregelt ist und im übrigen ein Mangel der Anschuldigungsschrift, die lediglich den Gegenstand des Verfahrens festlegt, keine verfahrensrechtlichen Auswirkungen hat (vgl. Gehre, Steuerberatungsgesetz, 2. Aufl., § 117 RN 1). Darüber hinaus ergibt sich aus der Anschuldigungsschrift in Verbindung mit dem Vermerk der Generalstaatsanwaltschaft Bremen v. 18. 10. 1990, ebenso wie aus den Gründen des angefochtenen Urteils, daß von einer fahrlässigen Begehungsweise ausgegangen worden ist.

Der Steuerberater hat ferner unter Hinweis auf die Kommentierung von Eggesiecker, Kommentar zur Steuerberatergebührenverordnung, RN 24.612 geltend gemacht, daß alle Tätigkeiten zur Ermittlung der bei der Erstellung der Erbschaftsteuererklärung zugrunde zu legenden Beträge nicht durch die Gebühr für die Erbschaftsteuererklärung abgegolten seien und wegen des damit verbundenen erheblichen Arbeitsaufwandes gesondert honoriert werden müßten. Insoweit verkennt der Steuerberater jedoch, daß es sich bei der **Ermittlung der Beträge für die Erstellung der Erbschaftsteuererklärung um steuerberatende Tätigkeiten handelt, die allein nach den Vorschriften der Steuerberatergebührenverordnung abzurechnen sind**. Dieses ergibt sich auch aus der zitierten Kommentierung von Eggesiecker, wonach der Steuerberater gesonderte Gebühren nach den **entsprechenden Vorschriften** erhält. Derartige Tätigkeiten, die gesonderte Gebühren nach der Steuerberatergebührenverordnung begründen, hat der Steuerberater jedoch im vorliegenden Fall nicht ausgeführt.

Soweit der Steuerberater weiter geltend gemacht hat, daß er die von einer Mitarbeiterin erstellte Kostenrechnung (betr. Einkommensteuer) ohne Überprüfung hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit unterschrieben habe, vermag ihn das nicht zu entlasten. Vielmehr begründet ein solches Verhalten

den **Vorwurf besonderer Leichtfertigkeit** bezüglich der ihm obliegenden Verpflichtung, bei der Erstellung der Gebührenrechnungen korrekt zu verfahren. Denn durch die Unterzeichnung der Gebührenrechnung gemäß § 1 Abs. 1 StBGebV bestätigt er seine Verantwortlichkeit für die (richtige) Berechnung der Gebühren.

Entgegen der Ansicht des Verteidigers sind die von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 12 GG entwickelten Grundsätze hinsichtlich der Standesrichtlinien für Rechtsanwälte auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar, da es sich hier nicht um die Verletzung von Standesrichtlinien, sondern um die Verletzung von gesetzlich normierten Berufspflichten nach dem Steuerberatungsgesetz handelt.

Soweit der Steuerberater sich über die Berechtigung der von ihm in den beiden Rechnungen geltend gemachten Gebühren geirrt hat, handelt es sich um einen **Tatbestandsirrtum**, der eine Ahndung wegen einer fahrlässigen Begehung nicht berührt (vgl. § 16 Abs. 1 StGB).

IV.

Nach den getroffenen Feststellungen hat der Steuerberater die ihm nach § 57 Abs. 1 StBerG obliegende **Berufspflicht zur korrekten Gebührenabrechnung fahrlässig verletzt**, indem er unter Verstoß gegen die für ihn bindende Steuerberatergebührenverordnung (§ 64 StBerG i.V.m. § 1 StBGebV) der Erbengemeinschaft durch die Rechnungen vom 22.3.1988 und vom 3.6.1988 weit überhöhte Gebühren in Rechnung stellte, obwohl er bei Beachtung der ihm als Steuerberater zumutbaren Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit die Unrichtigkeit seiner Gebührenrechnungen hätte erkennen und vermeiden können. Wegen dieser Pflichtverletzung war daher gemäß §§ 57 Abs. 1, 89 Abs. 1 StBerG eine berufsgerichtliche Maßnahme zu verhängen.

Bei der festzusetzenden berufsgerichtlichen Maßnahme sind für den Senat folgende Erwägungen maßgebend gewesen:

Die im Steuerberatungsgesetz bestimmten **berufsgerichtlichen Maßnahmen dienen – ähnlich wie die gesetzlich geregelten persönlichen Voraussetzungen für die Berufsausübung – dem Interesse der Allgemeinheit an einer funktions-tüchtigen Hilfeleistung in Steuersachen und damit dem Schutz eines überragend wichtigen Gemeinschaftsgutes**. Durch sie soll gewährleistet werden, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Integrität des Berufsstandes der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten erhalten bleibt, soweit dies über bloße berufsständische Belange hinaus im Interesse jenes Gemeinschaftsgutes liegt. Aus dieser – verfassungsrechtlich unbedenklichen (vgl. BVerfGE 66, 337, 353 ff) – Zweckbestimmung erklärt sich, daß dem Schuldgrad hier nicht die gleiche überragende Bedeutung wie im Strafrecht zukommt. Das führt jedoch nicht dazu, daß ihm nur ein geringes Gewicht beizumessen wäre.

Zugunsten des Steuerberaters war vorliegend zu berücksichtigen, daß die Verletzung der Berufspflicht bereits längere Zeit zurückliegt, der Steuerberater nicht vorbestraft ist und berufsgerichtliche Maßnahmen gegen ihn bisher weder verhängt noch eingeleitet worden sind.

Demgegenüber wirkte sich erschwerend aus, daß der Steuerberater durch die Verletzung einer besonders ernst zu nehmenden Pflicht, nämlich der **Pflicht zur korrekten Gebührenabrechnung**, leichtfertig gehandelt hat, und die Rechnungen die nach der StBGebV zulässigen Gebühren um mehr als das Doppelte übersteigen. Weiter konnte nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Steuerberater in einem früheren vergleichbaren Fall bereits auf die Unzulässigkeit der Abrechnung nach der Gebührenordnung des Instituts der Wirtschaftsprüfer hingewiesen worden war, ohne daß jedoch insoweit ein berufsgerichtliches Verfahren eingeleitet worden war.

Der Senat hält nach alledem die Verhängung einer Geldbuße gemäß § 90 Abs. 1 Nr. 3 StBerG in Höhe von DM 5.000,- für geboten, um die Berufspflichtverletzung des Steuerberaters nachdrücklich zu ahnden und ihn zugleich nachhaltig dazu anzuhalten, seine Berufspflichten künftig gewissenhaft zu erfüllen.

Unverschuldete Fristversäumnis

- Investitionszulagenantrag
- mißverständliche Auftragsformulare
- Betriebsstätten- oder Wohnsitzfinanzamt?

(Nieders. FG, Urt. v. 11. 3. 1994 – II 374/93 – n. rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

Die Fristversäumnis wegen Verkennung der Zuständigkeitsregelung begründet keinen Schuldvorwurf gegen den Steuerberater, wenn das Formular für die Beantragung einer Investitionszulage über die Zuständigkeit von Wohnsitz- oder Betriebsstättenfinanzamt mißverständlich belehrt.

Aus den Gründen:

Der Beklagte hat den Antrag auf InvZul zu Unrecht als unzulässig angesehen. Zwar ist der Antrag verspätet bei dem zuständigen FA eingegangen. Jedoch ist dem Kläger Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 110 AO) wegen Versäumung der Antragsfrist zu gewähren. Der Kläger war ohne Verschulden gehindert, eine gesetzliche Frist, die Antragsfrist gem. § 6 Abs. 1 InvZulG 1991, einzuhalten.

1. Der Antrag auf InvZul 1991 ist nicht fristgerecht gestellt worden. Nach § 6 Abs. 1 und 2 InvZulG 1991 ist der Antrag bis zum 30. 9. des Kalenderjahrs zu stellen, das auf das Wirtschaftsjahr folgt, in dem die Investitionen abgeschlossen worden sind. Der Antrag ist bei dem für die Besteuerung des Anspruchsberechtigten nach dem Einkommen zuständigen FA zu stellen. Ist eine Gesellschaft i. S. d. § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Abs. 3 des EStG Anspruchsberechtigter, so ist der Antrag bei dem FA zu stellen, das für die einheitliche und gesonderte Feststellung der Einkünfte zuständig ist.

Danach hätte der Kläger den Antrag für das Wirtschaftsjahr 1990/91 bis zum 30. 9. 1992 bei dem FA W. stellen müssen. Dieses FA ist für die Besteuerung des Klägers nach dem Einkommen zuständig. Das FA H. wäre nur zuständig gewesen, wenn die Einkünfte einer Gesellschaft im o. a. Sinn einheitlich und gesondert festzustellen gewesen wären. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Einkünfte aus dem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb erzielt allein der Kläger. Da nicht mehrere Personen an der Einkünfterzielung beteiligt sind, kommt eine einheitliche und gesonderte Feststellung nicht in Betracht (§ 180 Abs. 1 Nr. 2 a AO). Daß der Kläger Maschinen gemeinsam mit seinem Sohn zur Nutzung in beiden Betrieben angeschafft hat, führt zu keiner anderen Beurteilung. Der jeweilige Einzelbetrieb ist Gegenstand des Feststellungsverfahrens.

Da der Antrag auf InvZul erst nach dem 30. 9. 1992 beim zuständigen FA eingegangen ist, ist die gesetzliche Antragsfrist (§ 6 Abs. 1 InvZulG 1991) nicht gewahrt.

2. Jedoch ist dem Kläger Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren.

Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach dem Hinweis des Beklagten auf die Unzuständigkeit des FA H. und damit rechtzeitig gestellt worden (§ 110 Abs. 2 AO). Der Antrag ist auch begründet. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist zu gewähren, wenn jemand ohne Verschulden verhindert war, eine gesetzliche Frist einzuhalten (§ 110 AO). Ein etwaiges Verschulden der Prozeßbevollmächtigten an der Fristversäumnis wäre dem Kläger zuzurechnen (§ 110 Abs. 1 Satz 2 AO). Weder dem Kläger selbst noch den Prozeßbevollmächtigten ist jedoch wegen der Fristversäumnis ein Schuldvorwurf zu machen.

- a) Das folgt aber nicht bereits daraus, daß der Antrag vom FA H. erst zu spät an das FA W. weitergeleitet worden sei. Der Kläger kann nicht erwarten, daß ein bei einem FA eingehender Antrag sofort geprüft und an die zuständige Behörde weitergeleitet wird. **Der Kläger trägt grundsätzlich das Risiko, wenn er einen Antrag bei einer unzuständigen Behörde anbringt.** Allerdings darf erwartet werden, daß die unzuständige Behörde den Antrag im Rahmen eines ordentlichen Geschäftsgangs an die zuständige Behörde weiterleitet. Da der Antrag aber erst

zwei Tage vor Ablauf der Frist bei dem unzuständigen FA eingegangen ist, konnte dieser Antrag bei Weiterleitung im ordnungsgemäßen Geschäftsgang zum Bearbeiter aufgrund der Postlaufzeiten innerhalb der Behörde, der zu beachtenden Reihenfolge der Bearbeitung nach Eingang, der notwendigen Prüfungsdauer und der Postlaufzeiten nicht mehr rechtzeitig vor dem 1.10.1992 zum FA W. gelangen.

- b) Den Kläger trifft jedoch **kein eigenes Verschulden** an der Fristversäumnis. Der Kläger hat nämlich einen auf dem Gebiet des Steuerrechts tätigen steuerlichen Berater beauftragt, an der Stellung des Antrags auf InvZul mitzuwirken. Auf dessen Sachkunde durfte sich der Kläger verlassen.

Dem Kläger selbst ist, was der Beklagte auch nicht in Abrede stellt, nicht vorzuwerfen, daß der Antrag beim falschen FA eingereicht wurde und in der Folge erst nach Fristablauf beim zuständigen FA Wolfenbüttel einging.

- c) Aber auch die Prozeßbevollmächtigten trifft kein Verschulden an der Fristversäumnis. Sie haben zwar die Zuständigkeitsregelung des § 6 Abs. 2 InvZulG 1991 nicht beachtet. Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes wäre eine Zuständigkeit des FA H. nur dann begründet gewesen, wenn es für eine Gesellschaft eine einheitliche und gesonderte Feststellung hätte durchführen müssen. Das FA H. führte aber zu Recht – wie dargelegt – keine einheitliche und gesonderte Feststellung durch, sondern stellte die Einkünfte lediglich „gesondert“ fest, weil es zwar für die Feststellung des Gewinnes aus dem Betrieb in S. örtlich zuständig, nicht aber für die Einkommensbesteuerung des Klägers zuständig war (§§ 180 Abs. 1 Nr. 2 b, 18 Abs. 1 Nr. 1 AO).

Das Verkennen der Zuständigkeitsregelung begründet jedoch hier keinen Schuldvorwurf gegen die Prozeßbevollmächtigten. Die Belehrung im Antragsformular über die Zuständigkeitsverteilung zwischen Wohnsitz- und Betriebsstättenfinanzamt ist mißverständlich. Angesichts der vom Gesetzgeber vorgenommenen Unterscheidung zwischen Feststellungsverfahren, die Einkünfte betreffen, die von Gesellschaften i. S. des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Abs. 3 EStG erzielt werden, und Feststellungsverfahren, bei denen die Einkünfte einem einzelnen steuerlich zuzurechnen sind, hätte es neben einer unmißverständlichen Formulierung auch einer besonderen optischen Hervorhebung der Zuständigkeitsregelung auf dem Antragsvordruck bedurft, wie sie etwa auch für die Angabe der Frist und die Verpflichtung des Antragstellers, die begünstigten Wirtschaftsgüter genau zu bezeichnen, vorgenommen worden ist.

Die Umschreibung der abweichenden Zuständigkeit des Betriebsstättenfinanzamts durch die Formulierung „in den Fällen, in denen eine gesonderte und einheitliche Feststellung der Einkünfte durchgeführt wird“ ist unnötig knapp gehalten. Es fehlt der im Gesetz selbst (§ 6 Abs. 2 Satz 2 InvZulG 1991) vorhandene Hinweis auf eine Einkünfte erzielende Gesell-

schaft. Das Erkennen der Zuständigkeitsverteilung hängt dadurch sprachlich allein davon ab, ob die Bedeutung des unbestimmten Artikels „eine“ wahrgenommen wird. **Bei der Tragweite, die die Antragstellung bei der unzuständigen Behörde hat, ist die Finanzverwaltung aber gehalten, die Zuständigkeitsverteilung nicht verklausuliert, sondern deutlich und eingängig zu beschreiben. Das ist hier nicht geschehen. Die Belehrung auf dem Antragsformular ist damit nicht mehr als ordnungsgemäß anzusehen.**

Die im Vordruck verwendete Formulierung der „gesonderten und einheitlichen Feststellung“ ist **nicht gesetzliche definiert**. In § 179 Abs. 2 AO ist allerdings davon die Rede, daß in bestimmten Fällen die „gesonderte Feststellung ... gegenüber mehreren Beteiligten einheitlich vorgenommen“ wird. In § 6 Abs. 2 InvZulG 1991 ist von „einheitlicher und gesonderter Feststellung“ die Rede. Dieselbe, von der Belehrung auf dem Vordruck durch Umstellung der Adjektive abweichende Formulierung findet sich in den dem Antragsformular beigefügten Erläuterungen unter VIII. In der Überschrift des § 183 AO wird hingegen zur Beschreibung desselben Sachverhalts – der Beteiligung mehrerer Personen an der Einkünfteerzielung – die Formulierung „einheitliche Feststellung“ ohne weiteren Zusatz verwendet.

Da auch in Steuergesetzen, nämlich in der Überschrift von § 183 AO, der Begriff der „**einheitlichen Feststellung**“ benutzt wird, um ein gesondertes Feststellungsverfahren für Einkünfte zu kennzeichnen, die mehreren steuerlich zuzurechnen sind, ist auch einem beruflich mit dem Steuerrecht befaßten Berater **kein Schuldvorwurf zu machen, wenn er die Formulierung in der Belehrung dahin versteht, das Betriebsstättenfinanzamt sei nicht nur in den Fällen der einheitlichen Feststellung, sondern auch in denen der gesonderten Feststellung für die Bearbeitung des InvZul-Antrags zuständig.**

Für eine ausführliche, **mindestens den Gesetzestext wiedergebende Belehrung über die Zuständigkeitsverteilung** hätte auch deshalb Anlaß bestanden, weil die gesetzgeberische Entscheidung, bei der Zuständigkeit für die InvZul nach Art des Feststellungsverfahrens weiter zu differenzieren, nicht ohne weiteres einleuchtet. Von der Sache her hätte es nahe gelegen, die Bearbeitung des InvZul-Antrags immer dem Betriebsstättenfinanzamt zu übertragen. Dort ist der Zugriff auf die betrieblichen Steuerakten möglich, die bei der Prüfung der Zugehörigkeits-, Verbleibens- und Nutzungsvoraussetzungen für die Gewährung der Zulage hilfreich, wenn nicht gar unentbehrlich sind. Aus diesem Grund hat die Finanzverwaltung auch angeordnet, bei gesonderten Feststellungen der Einkünfte von Einzelunternehmern solle das Betriebsfinanzamt im Wege der Amtshilfe beteiligt werden (Tz. 82 des BMF-Schreibens v. 28. 8. 1991, BStBl I, S. 768).

- d) Die **Verpflichtung zur ausführlichen und unmißverständlichen, optisch herausgehobenen Belehrung** über die Zuständigkeitsverteilung in dem Antragsformular ergibt sich hier schließlich aus dem Grundsatz von **Treu**

und Glauben, der Ausfluß des Steuerschuldverhältnisses zwischen dem Kläger, vertreten durch seinen Berater, und dem Steuergläubiger (FA) ist, sowie dem aus dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz abzuleitenden Vertrauensschutzgedanken. Die Finanzverwaltung hat nämlich über viele Jahre hinweg die Anspruchsberechtigten und ihre Berater über die Zuständigkeitsverteilung bei InvZul-Anträgen nicht der Gesetzeslage entsprechend belehrt. Bereits im InvZulG 1979 findet sich in § 5 Abs. 3 eine der Regelung in § 6 Abs. 2 InvZulG 1991 entsprechende Zuständigkeitsverteilung. Auch in den InvZul-Gesetzen 1982 und 1986 blieb es bei den unterschiedlichen Zuständigkeiten je nach Art des Feststellungsverfahrens. Gleichwohl hat die Finanzverwaltung, wie dem für InvZul zuständigen Senat aus zahlreichen Verfahren bekannt ist, etwa seit dem Jahre 1980 Vordrucke mit Belehrungen ausgegeben, die mit der gesetzlichen Regelung nicht in Einklang gestanden haben, ohne auf diese Abweichung hinzuweisen. Diese Vordrucke für die Anträge auf InvZul enthalten die Belehrung:

„Der Antrag ist an das für die Besteuerung nach dem Einkommen zuständige Finanzamt, in den Fällen, in denen eine gesonderte Feststellung der Einkünfte durchgeführt wird, an das für die gesonderte Feststellung zuständige Finanzamt zu richten.“

Die Belehrung findet sich z. B. auf Anträgen nach § 1 InvZulG (IZ R [80], IZ R [83], IZ R [86]), nach § 4 b InvZulG (IZ Besch [82], IZ Besch [83], IZ Besch [84]) und nach § 4 InvZulG (IZ F [83]).

Die Belehrung auf den Antragsvordrucken beruht offenbar auf der in Tz. 73 des BMF-Schreibens v. 5. 5. 1977 (BStBl I 1977, 246) enthaltenen „Vereinfachungsregelung“. Eine – allerdings nur im Grundsatz – gleichlautende Bestimmung findet sich in Tz. 11 des BMF-Schreibens v. 10. 2. 1983 (BStBl I 1983, 97), das sich mit den verfahrensrechtlichen Grundsätze bei der Gewährung einer InvZul zur Förderung der Beschäftigung (§ 4 b InvZulG) befaßt. Dort wird jedoch für Anspruchsberechtigte, für die von mehreren Finanzämtern gesonderte Feststellungen nach § 180 Abs. 1 Nr. 2 b AO durchzuführen sind, die „Vereinfachungsregelung“ wieder außer Kraft gesetzt, ohne daß diese Ausnahme – soweit erkennbar – auf den Antragsvordrucken erwähnt worden wäre. Diese zunächst nur Anträge nach § 4 b InvZulG betreffende Verwaltungsanweisung wurde später auf die übrigen InvZul nach dem InvZulG und dem Berlinförderungsgesetz ausgedehnt (Tz. 83 des BMF-Schreibens v. 31. 12. 1986, BStBl I 1987, 51).

Die Finanzverwaltung hat durch die jahrelange, kommentarlose Verwendung eines dem Gesetz widersprechenden Belehrungstextes eine Art „Gefahrenlage“ geschaffen. Anspruchsberechtigte und vor allem ihre Berater müssen aufgrund des langjährigen Umgangs mit diesem Belehrungstext und angesichts des großen Vertrauens, das Belehrungen auf amtlichen Vordrucken entgegengebracht wird, die dem Gesetz widersprechende Zuständigkeits-

verteilung lt. amtlichem Vordruck, wonach bei jeder gesonderten Feststellung das Betriebsstättenfinanzamt für den Antrag auf InvZul zuständig sei, zwangsläufig „verinnerlicht“ haben. **Will die Finanzverwaltung in einem solchen Fall zu der dem Gesetz entsprechenden Verfahrensregelung zurückkehren, muß sie alles tun, um zu verhindern, daß die von ihr geschaffene Gefahrenlage zu Nachteilen des Anspruchsberechtigten führt.** Sie hätte deshalb klar und unmißverständlich die Gesetzeslage wiedergeben und durch unübersehbare, optische Hinseise den geänderten Belehrungstext kennzeichnen müssen. Das hat sie nicht getan. Vielmehr hat sie sogar den Gesetzestext verkürzt und dabei vor allem auch den im Gesetz vorkommenden Begriff „Gesellschaft“ wegfallen lassen, der die gesetzliche Zuständigkeitsverteilung besonders gut gekennzeichnet hätte.

Die mißverständliche Formulierung und die fehlende optische Hervorhebung des gegenüber den Vorjahren geänderten Belehrungstextes sind für die Fristversäumnis ursächlich geworden. Bei ordnungsgemäßer Belehrung hätten der Anspruchsberechtigte und sein Berater erkannt, daß der Antrag beim FA W. zu stellen gewesen wäre.

Die Revision wird gem. § 115 Abs. 2 Nr. 1 und 2 Finanzgerichtsordnung (FGO) zugelassen. Die Rechtssache hat grundsätzliche Bedeutung. Es ist darüber zu befinden, wie weit die Sorgfaltspflichten eines steuerlichen Beraters bei der Verwendung amtlicher Vordrucke gehen, insbesondere, ob sich bei langjähriger, kommentarloser Verwendung eines dem Gesetz widersprechenden Belehrungstextes durch die Finanzverwaltung ein Berater darauf verlassen darf, daß er bei unveränderter Übernahme gesetzlicher Regelungen in namensgleiche, dasselbe Rechtsgebiet betreffende Gesetze auf eine gleichwohl geänderte Belehrung klar und unmißverständlich hingewiesen wird. Die vorstehende Entscheidung könnte auch von dem BFH-Urt. v. 29. 9. 1977, a.a.O., abweichen. Diesem Urteil könnte der Grundsatz zu entnehmen sein, daß sich ein Berater anhand des Gesetzestextes über Verfahrensfragen informieren muß.

GI Hinweise

Die Frage, ob auch die Praxis eines freiberuflich tätigen Gemeinschuldners – Rechtsanwalt, Notar, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Arzt – mit der Eröffnung des Konkursverfahrens über dessen Vermögen in die Konkursmasse fällt, erörtert Gerhard Pape in Wprax 18/94 S. 2 ff.

Harald Dörn bespricht den Beschluß des BayObLG v. 9. 11. 1993 (wistra 1994, 34) unter dem Arbeitstitel „Leichtfertige Steuerverkürzung (§ 378 AO) und leichtfertiger Subventionsbetrug (§ 264 Abs. 1, Abs. 3 StGB) durch den Steuerberater“, in wistra 1994, 215 ff.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 12, 1994)

Abschlußprüfung			
– Bilanzmanipulationen	94, 327	– Kausalität	
– Krankenhausbilanz	94, 236	= z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 4
		= Grunderwerbsteuerpflicht	94, 338
Abtretung		– Sachverständigengutachten	
– d. Honoraranspruchs	94, 72	= Steuerrechtsfrage	94, 375
		– Zugang beim FA	94, 26
Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Kündigungsrecht	94, 58, 302, 311	Bilanzmanipulationen	
		– Abschlußprüferhaftung	94, 327
Amtspflichtverletzung			
– Pressemitteilung	94, 364	Buchführungsauftrag	
		– Mandantenpflichten	
Anlageberatung		= Info an StB	94, 375
– Abgrenzung z. Anlagevermittlung	94, 117		
– Bonitätsprüfung	94, 117	Bürgschaft	
– Haftungsausschluß	94, 117	– zur Steuerschuld	94, 75
Annahmeverzug		Darlegungslast	
– d. Mandanten	94, 126	– Schaden	
= Vergütungsanspruch d. StB	94, 129	= fehlerhafte Beteiligung	94, 248
Anwalt f. Steuerrecht		Dritthaftung	
– Fachgehilfenausbildung	94, 296	– Prüfungsauftrag	94, 327, 385
		– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
Anwaltsnotar		= Ehefrau d. Mandanten	94, 212
– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	= Prüfungsauftrag	94, 327, 385
Architektenhaftung		Entnahme	
– Wohnflächenbegrenzung	94, 28	– Buchungshandlung	94, 104
Aufrechnung		Erfüllungsgehilfe	
– Zurückbehaltung d. Geldes	94, 308	– Notar/Beteiligter	94, 2
Bauherrenmodell		Feststellungsklage	
– Einkunftserzielungsabsicht	94, 19	– künftiger Anspruch	94, 2
= Rückkaufangebot			
		Finanzgerichtsordnung	
Belehrungspflicht d. StB/WP		– Klageerhebung, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152
– zu DBA und § 50 a EStG	94, 378		
– über Fehler des Vorberaters	94, 251	Flohmarktbetreiber	
– Flohmarktbetreiber	94, 228	– Umsatzsteuerprobleme	94, 228
– Gesetzgebungsverfahren	94, 338		
– Reinvestitionsrücklage, § 6 b EStG	94, 341		
		Fristenkontrolle	
Berufshaftpflichtversicherung		– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	94, 173
– Prämienzahlungspflicht	94, 224	= Häkchenverfahren	94, 165
		= Organisation	94, 164, 167
Berufsverbot		– Fristenkontrollbuch	94, 164
– Schuldnerverzeichnis	94, 80	= Frist § 516 ZPO, 6 Mte	94, 39
		= Fristverfügung, Diktat	94, 365
Bestätigungsvermerk		= Telefax	94, 258
– Verantwortungsbereich	94, 384	– doppelte –	94, 166
		– Fristversäumnis, unverschuldete –	
Berufungsschrift		= Abwesenheitsanschrift	94, 169
– für wen und gegen wen	94, 258	= Beförderung d. Post durch Mitarbeiter	94, 186
– mehrfache		= Fristenkontrollbuch	94, 164, 167, 173
= Telefax, Schriftsatz	94, 66	= Poststreik	94, 186
		= Rechtsirrtum, Dipl.-Jurist	94, 186
Betriebsprüfung		= Rechtsirrtum, Irrtum wg. Antragsformular	94, 390
– ohne Prüfungsanordnung	94, 104	– Information des Mandanten	94, 168
– Verwertungsverbot	94, 104	= Information an Mandanten	
		= durch einfachen Brief	94, 169
Beweislast		– Telefax	
– unterlassene Aufklärung/Belehrung		= Weisung an Bürokratie	94, 38
= Beweisvermutung	94, 3,		
= d. Mandanten	94, 243, 369	– Weisung an Bürokratie	
= Substantiierungspflicht d. StB	94, 243		
	187		
– Auftragsumfang	94, 196		

= Fristverfügung, Diktat	94, 365	Kollegialgerichtsentscheidung	
= Telefax	94, 38	- Verschulden	94, 161
Gesamtschuld		Konkursverwalter	
- Fehler des 2. RA	94, 157	- Sicherungsgut, Veräußerung	94, 209
Haftungsbeschränkung		Krankenhausbilanz	
- Anlageberatung	94, 117	- Abschlußprüfung	94, 236
Honoraranspruch d. StB		- Pflegesatzermittlung	94, 236
- Abtretung	94, 73	Kündigung d. Mandats	
- Annahmeverzug d. Mandanten		- Formularvertrag	94, 58, 302, 311
= keine Nachleistungspflicht	94, 126	Mandantenpflichten	
= Vermögensvorteil d. StB	94, 126	- Info an StB	94, 375
- Aufrechnung		Mandatsübernahme	
= mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14	- Ermittlungspflicht	94, 376
- Beratungsgebühr		Mahnbescheid	
= stille Beteiligung	94, 351	- Bezeichnung d. Anspruchs	94, 93
- Buchführung		Mietvertrag m. Angehörigen	94, 136
= Klärung d. Belege	94, 123	Mitverschulden	
- Doppelqualifikation WP/StB	94, 387	- Haftungsverteilung	94, 67
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		- Rechtsmittel, unterlassenes	94, 40
= Fehleraufdeckung, § 21 StBGebV	94, 383	- Vorsatz d. Geschädigten	94, 327
= im Prozeßvortrag	94, 16, 123	- Zurechnung des Verschuldens des 2. RA	94, 153
- Entstehung d. -	94, 306	Notar	
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	94, 307	- Anwaltsnotar	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		= Abgrenzung RA-Haftung	94, 40
= Buchführungshonorar	94, 125	- Belehrungspflicht	
= Mittelgebühr, überschreiten der -	94, 133	= Auflage d. Bank	94, 296
- Gegenstandswert		= Genehmigungspflicht, § 12 GrdStVG,	
= fehlender Jahresumsatz	94, 130	§ 19 BBauG	94, 2
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		= Vormerkungswirkung	94, 29
= Beweislast	94, 56	- Beweislast	
= nichtige -, Vergütungsanspruch	94, 351	= Kausalität Notarfehler/Schaden	94, 35
- Schriftform		= Erschließungskosten	94, 82
= Hinweispflicht d. StB	94, 351	- Formulierungspflicht	94, 314, 317
- Tilgung	94, 14	- Prüfungspflicht	
= kein Verrechnungshinweis	94, 22	= Vertretungsvollmacht	94, 29
- Unkostenpauschale, § 16 StBGebV		- Sachverhaltsermittlung	94, 82
= jede Steuererklärung	94, 58	- Wille d. Beteiligten	94, 82, 314, 317
- Verjährungsbeginn		Niederschlagung	
= Gebührenrechnung im Prozeß	94, 351	- der Steuerschuld	94, 75
- Zeitgebühr		Prospekthaftung	
= Angabe § 13 StBGebV	94, 58	- Verjährung	94, 283
= Fragebögen d. KK und AA	94, 351	= § 51 a WPO	94, 283
= Gespräch mit neuem StB	94, 351	= § 195 BGB	94, 283
= Klärung d. Belege	94, 123	Prozeßvollmacht	
Investitionszulage		- Ausschußfrist z. Vorlage	94, 152
- Fürsorgepflicht d. FA	94, 122	= doppelte Zustellung	94, 152
- Mißverständnis wg. Antrag	94, 390	= Information d. Mandanten	94, 68
- Verbleibensfrist	94, 326	Prüfungsauftrag	
Kausalität		- Bilanzmanipulation d. Mandanten	94, 327
- Beratungsfehler	94, 3	Prüfungspflicht	
- Beweislast	94, 3	- d. Jahresabschlusses	
- Fehler des Gerichts/Fehler des RA	94, 158	= nach Umwandlung	94, 24
- Schutzzweck, Notarfehler	94, 37	Rechtsanwalt	
- Unterbrechung d. -	94, 36	- Beratungspflichten	
Kenntnis d. Steuerrechts		= Buchwertklausel	94, 187
- Rechtsprechungsänderung		= Verfassungsbeschwerde,	
= Grunderwerbsteuere i. Bauherrenmodell	94, 338	Mißbrauchsgebühr	94, 66
- Zeitschriften		= Versorgungsausgleich, § 1587c Nr. 1 BGB	94, 160
= DStR	94, 338	- Kündigungserklärung	
Kenntnis d. Zivilrechts		= Originalvollmacht	94, 187
- BGH-Meinung	94, 139		
= Rechtsprechungsänderung	94, 141		
Klageerhebung			
- beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152		

- Maklertätigkeit	94, 122	- Nichtigkeit	
- Vergleich, Mandanteninteresse	94, 297	= unerlaubte Steuerberatung	94, 364
- Zulassung		Steergestaltungsberatung	
= Anstellung/Treuhandanstalt	94, 252	- Abfindung	94, 374
= Versicherungsmakler	94, 122	Steuerhinterziehung	
= Kammer-Geschäftsführer	94, 122	- Kenntnis d. FA	94, 326
Rechtsberatung		- Steuerberater, Mittäter	94, 70, 92
- Abwicklung d. nichtigen Rechtsberatungsvertrages		- Verjährung	94, 122
= Honoraranspruch	94, 62	- Vermögensteuer	94, 326
- des Gewerbebetreibenden Art. 1 § 5		- Vorbereitung der Steuererklärung d.	94, 92
= unmittelbarer Zusammenhang	94, 224	Steuerschuld	
- Honorarrückzahlung	94, 62	- Niederschlagung	94, 75
- Kindergeldsache	94, 26	Streitverkündung	
- Rechtsbeistand		- Verjährungsunterbrechung	94, 54
= Gesellschaftsrecht/Pachtvertrag	94, 62	Telefax	
- Schuldenregulierung	94, 124	- Anweisung an Bürokraft	94, 38
Sachverhaltsermittlung		- Fehler i. Empfangsgerät	94, 367
- durch d. RA	94, 266	- Fristenkontrollbuch	94, 258
= wg. Zustellung	94, 269	- neue Telefaxnummer d. Justiz	94, 225
Schaden		- Vollmachtsnachweis	94, 296
- Anlageberatung	94, 248	- Zugangsnachweis	94, 28
- Anlagezinsen	94, 228	Testat	
- Anwaltskosten f. Strafverfahren	94, 384	- Verantwortungsbereich	94, 384
- Grunderwerbsteuerbelastung	94, 248	Treuhänder	
- Kosten d. StB, Fehleraufdeckung	94, 383	- Auskunftspflicht	94, 310
- Nutzungsentzug	94, 161	- gewerbliche Einkünfte	94, 258
- Schätzung s. dort		- Prospektangaben	
- Steuervorteile		= unrichtige	94, 66
= rechtswidrige -	94, 216	- Rechnungslegungspflicht	94, 310
- Vermögensauswirkungen		Umsatzsteuer	
= bei fehlerhafter Anlage	94, 248	- Ausweis durch Nichtunternehmen, Ehegatten	94, 212
- Wohnraum, steuerbegünstigt		- Ehegattenmietvertrag	94, 92
= Architektenhaftung	94, 28	- Flohmarktbetreiber, § 4 Nr. 12 a	94, 228
- Zinsschaden/Anlagezinsen	94, 228	Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB	
Schadenbeseitigung		- Klagezustellung, Verzögerung	94, 259
- honorarfrei	94, 187	- Mahnbescheid	94, 93
Schätzung (§ 162 AO)		- Streitverkündung	94, 54
- Schaden		Unterschrift	
= Darlegungs- und Beweislast	94, 341	- Klageschrift	94, 12
- nichtiger Schätzungsbescheid	94, 343	Untreue, § 266 StGB	
Schuldbeitritt		- d. RA	94, 115
- zur Steuerschuld	94, 75	- Vermögensverwalter	94, 115
Schuldnerverzeichnis		Verdeckte Gewinnausschüttung	
- Berufsverbot	94, 80	- Steuerberatungs-GmbH im Konzern	
Singularzulassung	94, 208	= Honorarrechnung	94, 224
Sozietät		- Zahlung für Kundenstamm	94, 28
- Auflösung		Verfassungsbeschwerde	
= Steuerhaftung	94, 326	- Mißbrauchsgebühr	94, 66
StB-GmbH		Verjährung, § 51 BRAO	
- Alleingesellschafter: RA	94, 186	- Anlagerat	94, 198
- ausländische -	94, 364	- Belehrung über Fehler u. Verjährungs-	
Steuerberatungsgesetz		vorschrift, Sekundäranspruch	
- § 5		= Anlaß zur Belehrung	94, 53
= Verstoß gegen -	94, 364	= Kenntnis d. Fehlers u. Verjährungsvorschrift	94, 199
Steuerberaterkammer		= neues Mandat	94, 53
- Merkblatt, Lohnsteuerberatung	94, 2	= neuer RA	94, 199
Steuerberatungsvertrag		- Provisionsgeschäfte	94, 198
- Auflösung d. -		- Verjährungsbeginn	
= fristlose Kündigung, § 627 BGB	94, 58	= Anlagenscheidung	94, 199
- Formularvertrag		= Schadenentstehung	94, 51
= Kündigungsrecht	94, 58, 302, 311		
- Kündigung, § 627 BGB	94, 58		

BGH v. 20. 9. 1993 – II ZB 10/93 = NJW 93, 3141 = WM 93, 2141 = BB 93, 2408	94, 66	= MDR 1994, 773 = VersR 1994, 979	
BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 73/93 = WM 1994, 78 = NJW 1993, 3259 = DB 1993, 2373	94, 3	BGH v. 24. 3. 1994 – III ZB 14/94 = NJW 1994, 1660	94, 225
BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 211/92 = NJW 93, 3323 = WM 93, 2129 = DB 93, 2374 = NJW 94, 501 Anm. Schäfer = BB 93, 2267	94, 139	BGH v. 19. 4. 1994 – VI ZB 3/94 = NJW 1994, 1881 = VersR 1994, 745 = BB 1994, 1457 = DB 1994, 2133	94, 367
BGH v. 4. 10. 1993 – II ZB 9/93 = BB 93, 2336	94, 72	BGH v. 21. 4. 1994 – IX ZR 123/93 = NJW 1994, 2085 = BB 1994, 1316 = WM 1994, 1340	94, 297
BGH v. 18. 10. 1993 – II ZB 7/93	94, 164	BGH v. 21. 4. 1994 – IX ZR 150/93 = NJW 1994, 2293 = WM 1994, 1805 = DStR 1994, 1319	94, 258
BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 21/93 = NJW 94, 459 = BB 94, 106	94, 39	BGH v. 29. 4. 1994 – V ZR 62/93 = NJW 1994, 1879	94, 258
BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 22/93 = NJW 94, 329 = DB 94, 141	94, 38	BGH v. 3. 5. 1994 – VI ZR 248/93 = NJW 1994, 2297 = VersR 1994, 959	94, 296
BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 252/92 = NJW 94, 379 = WM 94, 217	94, 67	BGH v. 26. 5. 1994 – IX ZR 57/93 = NJW-RR 1994, 1210 = StB 1994, 374	94, 259
BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 21/93 = NJW 94, 323 = WM 94, 33 = ZIP 93, 1886 = BB 94, 183	94, 93	BGH v. 1. 6. 1994 – VIII ZR 36/93 = NJW 1994, 2226 = ZIP 1994, 1115 = DStR 1994, 1165 = BB 1994, 1453	94, 283
BGH v. 5. 11. 1993 – V ZR 1/93 = NJW 94, 257 = ZIP 93, 1879 = BB 94, 29	94, 111	BGH v. 9. 6. 1994 – I ZB 5/94 = NJW 1994, 2831 = BB 1994, 544	94, 365
BGH v. 11. 11. 1993 – IX ZR 229/92 = NJW 1994, 442 = BB 1994, 171 = DB 1994, 779 = DStR 1994, 412	94, 162	BGH v. 23. 6. 1994 – I ZR 106/92 = NJW 1994, 2298 = WM 1994, 1593 = ZIP 1994, 1214 = MDR 1994, 938	94, 296
BGH v. 23. 11. 1993 – 5 StR 595/93 = wistra 1994, 57	94, 122	<hr/>	
BGH v. 29. 11. 1993 – AnwZ (Bl) 36/93	94, 208	BVerfG [2. Kammer des Ersten Senats] v. 11. 6. 1993 – 1 BvR 1240/92 = NJW 1994, 244	94, 186
BGH v. 29. 11. 1993 – AnwZ (Bl) 41/93 = BRAK-Mitt. 1994, 43	94, 122	<hr/>	
BGH v. 2. 12. 1993 – IX ZR 241/92 = NJW 1994, 511 = ZIP 1994, 140 = VersR 1994, 227 = DB 1994, 978	94, 209	OLG Bremen v. 31. 5. 1994 – St O 5/93	94, 387
BGH v. 20. 1. 1994 – IX ZR 46/93 = NJW 1994, 1211 = WM 1994, 948 = MDR 1994, 516 = VersR 1994, 679	94, 153	OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 152/91	94, 24
BGH v. 27. 1. 1994 – IX ZR 195/93 = NJW 1994, 1405 = WM 1994, 504 = BB 1994, 1599	94, 198	OLG Düsseldorf v. 22. 10. 1992 – 18 U 94/92, rkr.	94, 7
BGH v. 17. 3. 1994 – III ZR 15/93 = WM 1994, 922 = NJW 1994, 1950	94, 364	OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1992 – 13 U 90/92, rkr.	94, 72
		OLG Düsseldorf v. 17. 12. 1992 – 13 U 98/92 – rkr.	94, 22
		OLG Düsseldorf v. 7. 1. 1993 – 13 U 99/92	94, 243
		OLG Düsseldorf v. 25. 2. 1993 – 13 U 223/91	94, 212
		OLG Düsseldorf v. 26. 2. 1993 – 13 U 117/92	94, 126
		OLG Düsseldorf v. 11. 3. 1993 – 13 U 123/92	94, 56
		OLG Düsseldorf v. 29. 4. 1993 – 13 U 188/92	94, 19
		OLG Düsseldorf v. 6. 5. 1993 – 13 U 86/91	94, 16
		OLG Düsseldorf v. 27. 5. 1993 – 13 U 201/92	94, 58
		OLG Düsseldorf v. 17. 6. 1993 – 13 U 232/92	94, 130
		OLG Düsseldorf v. 15. 7. 1993 – 13 U 245/92	94, 14

OLG Düsseldorf v. 19.8.1993 – 13 U 273/92	94, 133	AG Bremen v. 14.2.1992 – 7 C 453/91	94, 177
OLG Düsseldorf v. 21.10.1993 – 13 U 1/93	94, 173	EG Hamm, v. 21.4.1993 – AR 12/90	94, 258
OLG Düsseldorf v. 21.10.1993 – 13 U 295/92	94, 168	= BRAK-Mitt. 1993, 226	
OLG Düsseldorf v. 25.11.1993 – 13 U 19/93	94, 302	FG Bremen v. 7.9.1993 – II 50/91	94, 326
OLG Düsseldorf v. 25.11.1993 – 13 U 36/93	94, 314	= wistra 1994, 153	
OLG Düsseldorf v. 13.1.1994 – 13 U 302/92	94, 378	FG Köln v. 15.2.1993 – 3 K 3432/92	94, 26
OLG Düsseldorf v. 17.3.1994 – 13 U 110/93	94, 375	= LEXINFORM 0102894	
OLG Frankfurt v. 15.2.1993 – 22 U 183/91	94, 123	= Steuertelex: 4418	
OLG Hamm v. 5.10.1992 – 2 U 61/92	94, 117	FG München v. 24.3.1993 – 5 K 3536/91	94, 343
= AIF 06/94 – rkr.		FG Niedersachsen v. 6.10.1993 – III 174/88	94, 104
OLG Hamm v. 17.2.1993 – 25 U 77/92, rkr.	94, 327	FG Niedersachsen v. 16.9.1994 – II 192/93	94, 326
OLG Hamm v. 4.3.1994 – 25 U 47/93	94, 311	= Steuertelex 2120	
OLG Hamm v. 18.5.1994 – 25 U 135/93	94, 338	= Lexinform 0108710	
OLG Hamm v. 23.9.1994 – 25 U 168/93	94, 369	FG Niedersachsen v. 11.3.1994 – II 374/93	94, 390
OLG Köln v. 3.3.1993 – 13 U 191/92	94, 229	FG Saarland v. 30.3.1993 – I K 168/92	94, 28
OLG Köln v. 16.6.1993 – 11 U 37/93	94, 28	= StB 1993, 301	
= AIF 1993, 1188		LSG Rheinland-Pfalz v. 22.7.1993 – L 6 Sb 46/93	
OLG Köln v. 13.1.1994 – 7 U 157/93	94, 314	= StB 1993, 423	
OLG Köln v. 1.7.1994 – 3 U 40/94	94, 385	VG Hannover v. 25.8.1993 – 5 A 3374/91	94, 92
OLG München v. 30.7.1990 – 31 U 1857/90	94, 66	= WPK-Mitt. 1994, 65	
rkr. durch Nichtannahmebeschluß des BGH		VG Kassel v. 15.7.1993 – 4/3 E 44/92	94, 296
v. 10.7.1991 = RPKU 1.120/90		= BRAK-Mitt. 1993, 228	
OLG München v. 16.12.1992 – 7 U 5553/92	94, 28	VG Wiesbaden v. 14.10.1993	
= NJW 1993, 2447		– 8/1 G 20.644/93	94, 180
OLG München v. 9.11.1993 – 4 StRR 54/93	94, 92	VGH Hessen v. 11.12.1991 – 13 K 899/91	94, 80
= wistra 94, 34		VGH Mannheim v. 2.12.1993 – A 16 S 2083/93	94, 180
OLG München v. 22.12.1993 – 7 U 6331/91,		BFH v. 13.10.1992 – VII B 119/92	94, 152
n. rkr.	94, 216	= BFH/NV 1993, 607	
OLG Naumburg v. 1.8.1993 – 4 U 1/93	94, 364	BFH v. 15.3.1993 – V R 109/89	94, 92
= Stbg 1994, 207		= NJW 1994, 216	
OLG Stuttgart v. 6.7.1993 – 12 U 229/92	94, 62	BFH v. 17.6.1993 – VI S 3/93	94, 152
OLG Stuttgart v. 18.1.1994 – 12 U 140/93	94, 273	= BFH/NV 1993, 613	
LG Berlin v. 24.10.1991 – 58 S 115/91	94, 364	BFH v. 22.6.1993 – IX R 19/89	94, 136
LG Berlin v. 12.1.1993 – 5 O 299/92 – rkr.	94, 251	BFH v. 23.6.1993 – I R 72/92	94, 224
LG Berlin v. 10.12.1993 – 2 O 122/93	94, 364	= Stbg 1993, 562	
= Stbg 1994, 206		BFH v. 27.7.1993 – VII R 21/93	94, 186
LG Bochum v. 14.4.1993 – 6 O 450/92	94, 248	= Stbg 1993, 556	
LG Braunschweig v. 11.3.1993 – 4 O 457/92	94, 82	BFH v. 21.4.1994 – IV R 99/93	94, 258
LG Braunschweig v. 17.3.1993 – 3 O 353/92	94, 317	= LexInform 0109280	
LG Darmstadt v. 17.12.1992 – 9 O 170/92	94, 28	= STEUERTELEX 3014	
= NJW 1993, 2448 LG Duisburg v. 22.11.1990	94, 66	BFH v. 5.5.1994 – VI R 98/93	94, 258
– 2 S 150/89		= LexInform 0109279	
LG Düsseldorf v. 29.1.1993 – 45 StL 20/2	94, 224	= STEUERTELEX 3023	
= StBK Köln 1993, Heft 10 – 12, 20		= DStR 1994, 1117	
LG Düsseldorf v. 18.2.1994 – BV Wi 46 – 124/94	94, 326	BFH v. 19.7.1994 – VII R 107/93	94, 364
= WPK-Mitt. 1994, 117		= LEXinform-Dokumentnr. 0109696	
LG Düsseldorf v. 28.2.1994 – 46-119/93	94, 326	BAG v. 24.3.1993 – 4 AZR 258/92	94, 224
= WPK-Mitt. 1994, 118		BVerwG v. 13.8.1993 – 8 C 64/90	94, 326
LG Düsseldorf v. 21.4.1994 – 13 U 101/93	94, 351	= NJW 1994, S. 602	
LG Hamburg v. 18.2.1994 – 328 O 391/91 – rkr.	94, 236	OVG Münster v. 5.8.1993 – 22 A 1339/93	94, 186
LG Kiel v. 29.6.1993 – 6 O 414/92	94, 85	= NJW 1994, 402	
LG Münster v. 10.8.1993	94, 224	FinMin Brandenburg v. 24.6.1993, III/3	94, 122
= StBK Rheinland-Pfalz 1994, 6		– S 0321-2/93	